

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zöllicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 9/16. Jahrgang

4. Mai 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Greuel im Nordirak

**Gegen die Türkei wird
eine Völkermordanzeige
vor dem Europäischen
Gerichtshof vorbereitet**

Die „Medienagentur für Menschenrechte“ hat in Zusammenarbeit mit kurdischen Kräften Beweise für Greuelaten der türkischen Aggressionsarmee an der kurdischen Zivilbevölkerung zusammengetragen und will diese dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag vorlegen. Erste Berichte über die in der Erklärung von „mfm“ geschilderte Ermordung von sieben kurdischen Hirten waren von der Kurdischen Nachrichtenagentur KURD-A bereits Anfang April veröffentlicht worden. Hier nun die ausführliche Presseerklärung der Medienagentur vom 30. April. — (rül)

Angehörige der türkischen Armee haben nach ihrem Einmarsch in den Nordirak am 19. März unvorstellbare Greuelaten an der kurdischen Zivilbevölkerung begangen. Trotz gegenteiliger und wiederholter Beteuerungen der Armeeführung in Diyarbakir und der türkischen Regierung in Ankara, daß Einheimische und Flüchtlinge in der UN-Schutzzone verschont werden, fand die „medienagentur für menschenrechte“ (mfm) jetzt Beweise für Übergriffe in mindestens einem konkreten Fall. Dabei wurden sieben Hirten von türkischen Soldaten verschleppt und auf bestialische Weise umgebracht.

Nach den Recherchen von „mfm“ ereignete sich die Tat in der Zeit vom 3. bis 4. April 1995 in der Nähe der nordirakischen Stadt Sarsang unter freiem Himmel. Die sieben Hirten, darunter ein 13-jähriger und ein 16-jähriger, waren von türkischen NATO-Soldaten verhaftet und an einen unbekannten Ort verschleppt worden. Interviews mit Dorfbewohnern, darunter die Witwe des Ermordeten, führten „mfm“ an den Ort



des Geschehens, wo zahlreiche Spuren als Beweismittel sichergestellt wurden. Unter den Beweismitteln befinden sich unter anderem 75 Patronenhülsen türkischer Herkunft sowie eine Patrone mit der Bezeichnung „MKE 79“, Verbandspäckchen aus Bundeswehrbeständen mit der Bezeichnung 6510-12-226-0005“ der Firma Hartmann AG Heidelberg Bretz, ein Etui mit Feuersteinen mit der Aufschrift „Made in Germany“, eine Verbandspackung mit der Aufschrift „Lohmann GmbH & Co KG 1991, Lot. Nr. 30118471“ sowie eine Armeemütze mit Namensbezeichnung und Nr. an der Innenseite.

Dorfbewohner berichteten „mfm“, daß sie beobachtet haben, wie die Hirten von mehreren Soldaten abgeführt wurden. Die Männer hatten sich offenbar geweigert, den Soldaten einige Schafe zu überlassen. Anschließend wurden die Hirten an zwei verschiedenen Stellen ermordet. Nach den „mfm“ vorliegenden Obduktionsberichten des Krankenhauses Dehouk müssen die Männer vor ihrem Tod auf entsetzliche Weise gefoltert worden sein. Mehreren von ihnen wurden die Geschlechtsteile abgeschnitten, andere Körperpartien mit einem Bajonett verstümmelt.

Kopien des Obduktionsbefundes sowie 23 Fotos der Leichname und mehrere Tonbandprotokolle mit Zeugenaussagen wurden inzwischen außer Landes geschafft. Die Unterlagen dienen der „medienagentur für menschenrechte“ zur Vorbereitung einer Völkermordanzeige vor dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag, da es sich bei den Tätern um Soldaten eines NATO-Staates handelt.

(Presseerklärung vom 30. April)



Kritik am Sozialabbau- und Deregulierungskurs von Regierung und Konzernen war ein Schwerpunkt der Losungen zum 1. Mai (unser Bild: Frankfurt). Angriffe der Polizei auf kurdische Fahnen, die im letzten Jahr in vielen Orten abgewehrt werden mußten, wurden dieses Mal nur vereinzelt berichtet. — (rül)

Alle müssen raus!

**Zwei Gefangene aus der RAF freigelassen,
aber für andere verschärft sich die Lage**

Innerhalb weniger Tage sind Ende April zwei langjährig inhaftierte Gefangene aus der RAF entlassen worden: Manuela Happe (verurteilt zu 15 Jahren) nach fast 11 Jahren Haft und Lutz Taufer (verurteilt zu lebenslang) nach 20 Jahren Haft. So überfällig ihre Freilassung war und so sehr wir uns freuen, darf dies Ereignis doch nicht verdecken, daß sich die Situation der meisten anderen Gefangenen aus der RAF in unerträglicher Weise verschärft.

Zwar ist wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit auch die beiden anderen Celler Gefangenen, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts, freigelassen werden. Darüber hinaus erörtern, wie die Medien berichten, die Justizminister die „Zusammenlegung der verbleibenden weiblichen Gefangenen“. Das mag in der Öffentlichkeit trotz der Kontroverse darüber den Eindruck erwecken, die Frage der Haftbedingungen und überhaupt der Haft der Gefangenen aus der RAF werde spätestens auf mittlere Sicht in Richtung Freilassung gelöst. Doch das ist eine grausame — und wohl beabsichtigte — Täuschung.

Es besteht die große Gefahr, daß die verbleibenden Gefangenen, während in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, sie würden nun nach und nach entlassen und ihre Haftbedingungen bis dahin erträglich gestaltet, tatsächlich buchstäblich lebendig begraben werden. Schon vor Jahren haben die Bundesanwaltschaft und andere öffentlich geäußert, daß sie alles daran setzten, daß der harte Kern dieser Gefangenen nie wieder freikäme.

Acht von ihnen sind zu lebenslanger Haft verurteilt, alle (mit Ausnahme von Birgit Hogefeld, die zur Zeit vor Gericht steht) seit langen Jahren inhaftiert:

Hanna Krabbe (inhaftiert seit 20 Jahren), Rolf Heißler (16 Jahre), Rolf-Clemens Wagner (15 Jahre), Adelheid Schulz, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar (alle 12 1/2 Jahre), Eva Haule, Helmut Pohl (9 Jahre).

Einer weiteren Gefangenen, Sieglinde Hofmann, deren 15jährige Haftstrafe am 5. Mai 1995 beendet ist, wird zur Zeit ein weiterer Prozeß mit dem Ziel einer ebenfalls lebenslangen Freiheitsstrafe gemacht.

Die lange Haft, deren zerstörerische Auswirkungen durch die Bedingungen langjähriger weitestgehender Isolation noch immens verschärft wurden, hat die Gesundheit aller untergraben. Einige sind schwer krank. Die auf verschiedene Weise noch fortbestehende Isolation wird für diese Gefangenen durch die Freilassung der anderen, die zur Auflösung der bestehenden Kleingruppen führte, und durch das zu befürchtende nachlassende öffentliche Interesse wiederverstärkt.

Ende April haben sich Anwältinnen und Anwälte der Gefangenen an die Öffentlichkeit gewandt und als „erstes Ziel ... die Freilassung (aller Gefangenen) nach den langen Jahren Sonderhaft“ verlangt.

Für das Schicksal all dieser Gefangenen hängt jetzt sehr viel davon ab, ob die oppositionellen Kräfte es ernsthaft zu ihrem Anliegen machen, die von Rachsucht geleitete Vollstreckung der Todesstrafe auf Raten zu verhindern. — (scc)

Die Erklärung der Anwältinnen und Anwälte vom 25.4. wird im im Mai erscheinenden Angehörigen Info veröffentlicht.

Bezugsadresse: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg.

Kanthers Neuer — Ein Datenschutzproblem

Gegen den Ex-Verfassungsschutz-Chef Werthebach laufen mehrere Gerichtsverfahren

Am 25. April hat das Bundeskabinett den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Werthebach, zum Staatssekretär in Kanthers Innenministerium berufen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat die Berufung von Werthebach zum Anlaß für eine Anfrage im Bundestag gemacht, die den zweifelhaften Ruf des neuen Staatssekretärs beleuchtet: Wegen unerlaubter Weitergabe vertraulicher Dossiers über den Verfassungsschutzkritiker Thilo Weichert (Autor u. a. der Zeitschrift **GEHEIM**) läuft gegen von Werthebach u. a. ein Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht, außerdem ermittelt die Kölner Staatsanwaltschaft gegen ihn. Wir dokumentieren die Presseerklärung und Auszüge aus der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen.

Kabinetts-Stück

Die Bundesregierung wird heute den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Werthebach, zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium berufen. Manfred Such, Mitglied des Innenausschusses, erklärt:

Das Bundeskabinett wäre gut beraten, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen. Dr. Werthebach ist für einen Posten als Staatssekretär nicht geeignet.

Entgegen anderslautenden Agenturmeldungen ermittelt die Staatsanwaltschaft Köln (Az 121 Js 550/93) weiterhin gegen Dr. Werthebach u. a. wegen Verletzung von Privat- und Dienstgeheimnissen. Diesen Ermittlungen zufolge hat Dr. Werthebach 1991 vertrauliche Dossiers seines Amtes über einen renommierten Verfassungsschutz-Kritiker an eine ihm persönlich bekannte Abgeordnete im Brandenburger Landtag übermitteln und so in die Öffentlichkeit lancieren lassen. Der Betroffene wurde dadurch um das bereits zugesagte Amt als brandenburgischer Datenschutzbeauftragter gebracht. Dies war rechtswidrig, befanden der Bundesbeauftragte für Datenschutz sowie Ver-

waltungsgerichte in zwei Instanzen. So hatten diesen Sachverhalt zunächst auch Dr. Werthebach selbst sowie der damalige Staatssekretär des BMI unisono am 6.11.1991 gegenüber dem Innenausschuß dargestellt bzw. eingeräumt. Nun jedoch erklärte Dr. Werthebach der Staatsanwaltschaft zu seiner Entlastung, das fragliche Dossier sei der Empfängerin gegen seinen Willen und nur aus Versehen ausgehändigt worden. Dies habe er auch dem BMI am 4.11.1991 berichtet. Diese Wahrheit (?) jedoch, so habe ein „interner Kreis“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Angesicht der Vorladung des Innenausschusses damals befunden, sei den Abgeordneten des Bundestages wohl „kaum glaubhaft zu machen“ und müsse daher vor diesen „zurückbehalten“ werden.

Demnach hat Dr. Werthebach entweder dem Bundestag oder der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Köln die Unwahrheit gesagt. Eines wäre so schlimm wie das andere, beides wäre eines Staatssekretärs unwürdig... (Presseerklärung, 25.4.95)

Kleine Anfrage vom 24.4.95

des Abgeordneten Manfred Such und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr. Staatssekretär-Anwärter Dr. Werthebach: laufende Strafvermittlungen und Gerichtsverfahren, Datenschutz-Rügen sowie Verdacht unwahrhaftiger Information des Bundestages

... Dr. Werthebachs Verhalten bzw. seine Amtsführung im nachstehend geschilderten Fall (Thilo Weichert, d. Red.)

a) ist vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz im November 1991 förmlich beanstandet worden (14. Tätigkeitsbericht des BfD, S. 143);

b) ist auch im Innenausschuß des Bundestages am 6.11.1991 als rechtswidrig bezeichnet worden;

c) ist durch Urteile des Verwaltungsgerichts Köln und des Oberverwaltungs-

gerichts Münster bereits als rechtswidrig qualifiziert worden und z. Zt. noch Gegenstand eines laufenden Verfahrens beim Bundesverwaltungsgericht;

d) ist ferner seit 13.7.1993 Gegenstand eines Strafvermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Köln (Az 121 Js 550/93) wegen Verdachts diverser Straftatbestände, welches — entgegen anderslautenden Agenturmeldungen — nach einer zwischenzeitlichen Einstellung (per Verfügung vom 20.10.1994) auf die sofortige Beschwerde des Verletzten hin wieder aufgenommen wurde und aktuell fortgeführt wird;

e) ist durch ihn selbst sowie durch das BMI gegenüber dem Bundestag mutmaßlich bewußt wahrheitswidrig dargestellt worden.

Bei diesem Vorgang ging es im einzelnen um folgendes:

Am 14. und bzw. oder am 15.10.1991 ließ Dr. Werthebach über die Berliner Außenstelle des BfV der damaligen brandenburgischen Landtagsabgeordneten und zeitweiligen Beisitzerin im FDP-Bundesvorstand, Rosemarie Fuchs (FDP), vertrauliche Unterlagen seines Amtes zukommen. Frau Fuchs war i.Ü. mindestens im Zeitraum vom 22.8.1990 bis 1.7.1993 für den Bundesnachrichtendienst tätig... Diese Unterlagen betrafen den Juristen und renommierten Verfassungsschutz-Kritiker Dr. Thilo Weichert. Dieser kandidierte damals für den Posten des Landesbeauftragten für Datenschutz in Brandenburg, welcher ihm durch den Koalitionsausschuß der dortigen Landesregierung am 25.9.1991 auch bereits konkret in Aussicht gestellt worden war...

In einem Vorstellungsgespräch bei der FDP-Landtagsfraktion am 15.10.1991 mittags hielt Frau Fuchs Herrn Dr. Weichert zu dessen Überraschung Erkenntnisse aus diesen Unterlagen vor und gab diese später auch an Dritte weiter... Daraufhin scheiterte die Kandidatur Dr. Weicherts als Datenschutzbeauftragter Brandenburgs...



aus: „Die Sicherheitsgesetze“: Texte und Bilder gegen den Überwachungsstaat, München.

AKTUELL IN BONN

Wo liegt das Existenzminimum?

Eine dreitägige Anhörung im Finanzausschuß des Bundestages über das von Waigel geplante „Jahressteuergesetz“ hat den von dem Finanzminister zur Steuerbefreiung des „Existenzminimums“ vorgeschlagenen Steuertarif verworfen. Die von Waigel vorgeschlagene neue Steuerformel, die von einem jährlichen steuerfreien Existenzminimum von 12000 DM ausgeht, wurde verworfen. In der Diskussion soll jetzt ein steuerfreies Existenzminimum von 13000 DM ab 1.1.1996 sein, bei deutlich höheren Steuersätzen oberhalb des neuen Freibetrags. In der gleichen Anhörung blieb die SPD bei ihrer Ablehnung der Gewerbesteuerpläne Waigels. Die SPD sei nicht bereit, große Unternehmen auf Kosten kleinerer Firmen zu entlasten, erklärten SPD-Sprecher.

Streit im G-7-Club

Der Staatssekretär im US-Schatzamt, Larry Summers, hat die Kritik der US-Regierung an der Politik von Bundesregierung und Bundesbank am 25. April am Rande der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington verstärkt. Bundesregierung und Bundesbank hätten sich sowohl bei den Stützungsaktionen für Mexiko wie beim

Streit um die Aufstockung der IWF-Mittel als Bremser betätigt. Wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Mexikos hatten die USA und der IWF der mexikanischen Regierung in den letzten Wochen je 10 Mrd. US-Dollar Kredite gegeben. Auch bei den US-Planungen für eine „Mittelost-Bank“, von den USA und Israel kürzlich bei einer großen Mittelost-Konferenz der arabischen Staaten und Israels in Marokko erstmals vorgestellt, lösten die Vorbehalte der Bundesregierung „erhebliche Frustrationen“ in den USA aus, beklagte Summers. Finanzminister Waigel und Bundesbankchef Tietmeyer forderten in Washington wieder einmal eine Anhebung der US-Zinsen, um so den Dollarkurs zu stärken.

Streit um Schengen

Zum dritten Mal binnen drei Monaten kamen am 20. April in Paris die Innenminister der 15 EU-Staaten zusammen, um über das von der BRD betriebene Polizeiamt Europol zu beraten. Bislang hat lediglich die EDE (Europäische Drogeneinheit) in Den Haag ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Aufgabengebiet soll demnächst ergänzt werden um Atomsmuggel, sogenannte „Schleuserkriminalität“, Kfz-Diebstähle und damit verbundene Geldwäsche. Strittig ist

immer noch, wem die neue Polizeibehörde eigentlich unterstellt ist, wer sie kontrolliert, ob und wie EU-Bürger Auskunft über bei Europol vorliegende Daten über sie erhalten usw. Am 20. Juni wollen die Minister erneut zusammentreffen. Einige scheinen sich die Minister schon jetzt zu sein, daß weder das Europaparlament noch der Europäische Gerichtshof noch der EU-Rechnungshof die künftige Polizeibehörde kontrollieren sollen.

Die „Erbchaftswelle“ rollt

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist nach Erwartungen von Unternehmensberatungsfirmen mit einer „noch nie dagewesenen Erbchaftswelle“ zu rechnen. Anhand der Sterbetafeln gehen die Berater von 1,7 Millionen Erbchaftsfällen bis zum Jahr 2000 aus. In den Jahren 1990 bis 2000 würden damit insgesamt 2600 Milliarden DM den Eigentümern wechseln. Sie schätzen, daß 1000 Milliarden DM davon Geldvermögen waren bzw. sein werden, ca. 995 Milliarden DM Haus- und Grundvermögen, ca. 480 Mrd. DM Lebensversicherungen. 60 Prozent der Erbchaften lägen zwar unter 200000 DM, aber immerhin 20 Prozent umfaßten Vermögen über 400000 DM. Schon jetzt seien etwa ein Fünftel aller Ein- und Zweifamilienhäuser

durch Erbschaft oder Schenkung an die jetzigen Eigner gefallen, bei Mehrfamilienhäusern betrage dieser Anteil sogar bereits fast 40 Prozent.

Bundesrat contra Waigels Haushalt

Finanzminister Waigel kommt mit seinem Haushalt 1995 immer mehr unter Druck. Ende April lehnte der Bundesrat Waigels Vorlagen erneut ab und rief den Vermittlungsausschuß an. Die SPD kritisierte u. a., daß der Haushalt nicht ausreichend Mittel enthalte, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sicherzustellen. Außerdem lehnen die SPD-regierten Länder die von Waigel gewünschte Befristung der Arbeitslosenhilfe ab. Die Sitzung des Vermittlungsausschusses ist für Mitte Mai geplant.

Was kommt demnächst?

Am 5. und 6. Mai tagt in Bonn die Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Vom 6. bis 8. Mai werden Kohl und Bundespräsident Herzog in London an den Feiern zum 50. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus teilnehmen. Am 9. Mai wird Kohl dann in Moskau an den 50-Jahr-Feiern des Sieges über den Faschismus teilnehmen. Am 14. Mai sind Wahlen in Bremen und NRW.

Bilanzen 1993 und 1994 der Chemie- und Automobilkonzerne

	BASF			Bayer			Hoechst			VW			Daimler-Benz		
	1993	1994	Änd. %	1993	1994	Änd. %	1993	1994	Änd. %	1993	1994	Änd. %	1993	1994	Änd. %
Konzernumsatz in Mrd. DM	40,568	43,674	+ 7,7	41,007	43,420	+ 5,9	46,047	49,638	+ 8,0	76,586	80,041	+ 4,5	98,500	104,000	+ 5,6
davon im Ausland	28,746	31,674	+ 10,3	o.A.	o.A.	o.A.	35,697	38,768	+ 9,0	42,260	47,134	+ 11,5	59,908	65,047	+ 8,6
Beschäftigte	112 020	106 266	- 5,1	150 400	146 700	- 2,5	170 161	165 671	- 3,0	259 696	243 638	- 6,2	366 736	330 551	- 9,9
Überschuß in Mio. DM bzw.															
Gewinn v. Steuern (Chemie)	1 058	2 111	+ 99,5	2 345	3 293	+ 39,9	1 227	2 209	+ 80,0	- 1940	+ 150	o.A.	615	+ 895	+ 45,5
Dividende je 50-DM-Aktie	8,00	10,00	+ 25,0	11,00	13,00	+ 18,2	7,00	10,00	+ 42,9	o.A.	o.A.	o.A.	8,00	11,00	+ 37,5

Quellen: FAZ, Ausgaben vom 29. 3., 1. 4. u.a.; Handelsblatt, 13. 4. 95

Deutlich gesteigerte Gewinne der Konzerne und keine Ende der Entlassungen

Die bundesdeutschen Chemie- und Automobilkonzerne legten ihre Abschlüsse für 1994 vor

Derzeit werden bei den meisten großen Konzernen die Jahreshauptversammlungen vor- und die Bilanzen des letzten Jahres in der Öffentlichkeit aufbereitet.

Wachsendes Auslandsgeschäft

1994 hat das Welthandelsvolumen um 9 % zugenommen. Das war nach Aussage der Welthandelsorganisation das stärkste Wachstum in den letzten 20 Jahren. Diese Zunahme sei aber nur zum Teil auf wachsende Produktion zurückzuführen, diese nahm nur um 3,5 % zu. In der Europäischen Union wuchs der Handel dreimal so schnell wie die Produktion. Dieses Welthandelswachstum geht also zu erheblichem Teil auf „grenzüberschreitende Verdrängungskonkurrenz“ zurück. Die Bundesrepublik hat mit 10,1 % des Welthandels ihren zweiten Platz als „Welthandelsnation“ nach den USA und vor Japan gegenüber dem Vorjahr anteilmäßig noch ausgebaut. Das wachsende „Auslandsgeschäft“ war — ersichtlich auch in den auf dieser Seite abgedruckten Zahlen aus Konzernbilanzen — die Voraussetzung für wachsende Kapazitätsauslastungen und steigende Profite.

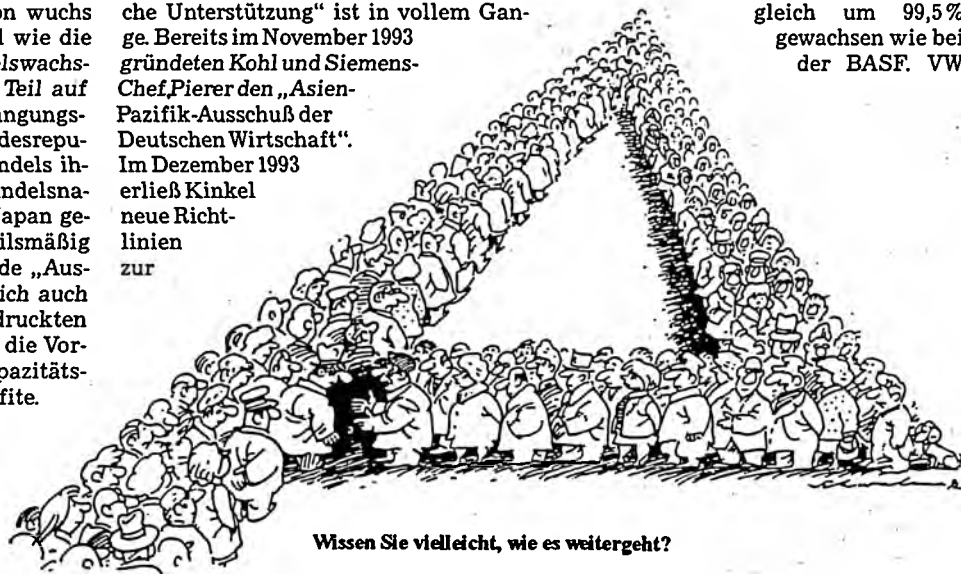
Für viele Konzerne hat die bisherige Exportentwicklung aber nur den Boden für Produktionsverlagerungen ins Ausland bereitet. Alle großen Konzerne rühmen sich ausländischer Firmenübernahmen und neuer Produktionsstätten im Ausland. BMW übernahm Rover und kommt „nach eigenen Angaben mit der Integration des britischen Herstellers in den Konzern gut voran“ (FAZ, 31. 3. 95). In den USA wurde ein neues Werk eröffnet. Mit Rover soll die Stückzahl der Autoproduktion bei BMW in diesem Jahr die Millionengrenze überschreiten.

Unter den drei Chemiekonzernen BASF, Bayer und Hoechst will Hoechst seine Position durch Aufkauf des US-amerikanischen Pharmaherstellers Marion Merrell Dow ausbauen, der „umgerechnet mehr als 10 Milliarden DM erfordert, der einen Umstrukturierungsaufwand von einer Milliarde DM verursacht und Folgekosten (Zinsen etc., d. Verf.) von mindestens 700 Millionen“ nach sich zieht.

Im Geschäftsbericht 1994 der BASF gibt der Vorstandsvorsitzende Strube im Vorwort die Richtung aus: „Bei der zunehmenden internationalen Ausrichtung der BASF setzen wir stark auf die asiatischen Wachstumsmärkte. In China sind wir mittlerweile an fünf Gemeinschaftsunternehmen beteiligt und

einer der größten ausländischen Chemie-Investoren geworden. Weitere Kooperationen werden folgen.“

Der Kampf in der „Triade“ zwischen EU, USA und Japan, um Absatzmärkte, Produktionsstandorte, um die Beherrschung der zukünftigen Infrastruktur (Verkehr und Telekommunikation) in China und ganz Asien, um Rohstoffquellen in Rußland, Aserbeidschan und China ist längst zum offiziellen Staatsziel erklärt worden. Die noch im Mai 1994 von der Zeitschrift Wirtschaftswoche geforderte „aggressive staatliche Unterstützung“ ist in vollem Gange. Bereits im November 1993 gründeten Kohl und Siemens-Chef Pierer den „Asien-Pazifik-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft“. Im Dezember 1993 erließ Kinkel neue Richtlinien zur



Wissen Sie vielleicht, wie es weitergeht?

Wirtschaftsförderung für Beamte des Auswärtigen Dienstes. Man werde mit „derselben Waffe“ zurückschlagen wie die Konkurrenz, tönt es aus dem Außenministerium, denn — wie in einer neuen Werbebroschüre des Auswärtigen Amtes zitiert wird: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ (Rathenau, Außenminister der Weimarer Republik). (Alle Zitate nach Wirtschaftswoche, 23. 3. 1995)

Steigende Gewinne — kein Ende der Entlassungen

In den letzten Jahren haben die großen Konzerne Hunderttausende entlassen. In den Angaben der Konzernjahresberichte kommt das nur zum Teil zum Ausdruck, da hier Jahresdurchschnittszahlen angegeben werden und Firmenumgruppierungen, Firmenaufkäufe etc. in den Zahlen enthalten sind. Mit 33 322 Personen weniger beziffert Daimler-Benz offiziell die „Personalreduzierung“ allein in 1994. Und der neue Nachfolger von Reuter an der Konzernspitze, Schrempf, wird mit seiner bisherigen „Sanierungsarbeit“ bei DASA für seine

neuen Aufgaben im Manager-Magazin wie folgt empfohlen: „Einen Konzern mit paramilitärischer Disziplin führen, sechs Werke schließen, 16 000 Mitarbeiter entlassen und dennoch mit dem Betriebsrat in gutem Kontakt — das können halt nur wenige.“ (Nr. 5/95) Drastische „Kostenreduktion“ und steigende Kapazitätsauslastung durch wachsende Exporte, auf diese beiden Faktoren führen die Jahresberichte die steigenden Gewinne der Konzerne in 1994 zurück.

Nicht überall ist das „Ergebnis vor Steuern“ gleich um 99,5 % gewachsen wie bei der BASF. VW

die „westdeutsche Industrie bis 1999 mit durchschnittlich jährlich real 3,8 Prozent mehr Umsatz und 1,3 Prozent weniger Beschäftigten“. (Mannheimer Morgen, 2. 5. 95)

„Systemkopf Deutschland“: wachsende Spaltung zwischen Hand- und Kopfarbeit

Alle Konzerne planen „strategische“ Firmenumgruppierungen unter der Zielsetzung: Konzentration auf Hauptprodukte, Bildung von Allianzen mit anderen Konzernen auf Teilmärkten (z. B. Energie, Verkehr) und im Zweifelsfall Abtretung unrentabler Produktbereiche an Marktführer dieser Sparte. Nach dieser Zielsetzung wird z. B. der Daimler-Benz-Konzern, verbunden mit dem Personalwechsel von Reuter zu Schrempf, komplett umstrukturiert. Nach Meinung des Manager Magazins entsteht dabei „ein neuer Konzern“.

Von der Unternehmensberatungsfirma Roland Berger kommt die Formulierungshilfe für das Konzept „Systemkopf Deutschland“. Danach sei einfache Handarbeit „auszulagern“, die deutschen Konzerne hätten sich im Inland auf die strategische Entwicklung, Lenkung und Leitung zu konzentrieren.

In einer neuen Studie gleicher Herkunft werden jetzt die Konzerne angefeuert: „Deutschlands Industrie liegt bei wichtigen Schlüsseltechnologien deutlich hinter der Konkurrenz aus Japan und USA. Die Innovationschwäche bedroht Wohlstand und Arbeitsplätze.“ (Wirtschaftswoche, 27. 4. 95)

Unter der Zielsetzung „Beschleunigung der Innovation“ werden die „Stärken und Schwächen“ nach dem Motto „wo die Deutschen stehen“ bei „Informationstechnologie, Telekommunikation, Energietechnik, Umwelttechnik, Biotechnik, Medizintechnik“ analysiert und „Innovationsaufgaben“ für den „Systemkopf“ gestellt.

Für diese Aufgaben brauchen die Konzerne geeignetes Personal — „Fachkenntnis“ verbunden mit „Führungseigenschaft“, wie sie das nennen. Während die Entlassungs- und Rationalisierungswelle für die Handarbeit weiterrollt, vermeldet die Wirtschaftswoche gleichzeitig „glänzende Karten“ bei den gehobeneren Positionen: „Über 70 Prozent aller Positionen galt es in den Unternehmensbereichen technisches Management und Projektleitung sowie Produktion und Konstruktion zu besetzen.“ (a.a.O.) Der gewerkschaftliche Widerstand wird bei so extremer Zerküftung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen noch schwieriger werden. — (chc)

Das zur Zeit einzige in der Bundesrepublik befindliche betriebsbereite und betriebene Endlager für radioaktive Abfallstoffe ist Morsleben, das auf der Grundlage einer 1986 nach ehemaligem DDR-Atomrecht erteilten Betriebsgenehmigung bis zum 30.6.2000 betrieben werden darf.

Hier werden zur Zeit regelmäßig allwöchentlich erhebliche Mengen schwach- und mittelradioaktiver Abfallstoffe eingelagert, die aus der gesamten Bundesrepublik herangeschafft werden.

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode von der CDU/F.D.P.-Koalition mehrere Anträge von Abge-

Sachsen-Anhalt: Umweltausschuß schmettert Morsleben-Antrag ab

Antrag von Bündnis 90/Grüne und PDS abgelehnt

ordneten der jetzigen Regierungskoalition und der PDS zur Stilllegung des Endlagers abgelehnt wurden, lag heute ein sehr moderater Antrag mehrerer Abgeordneter der PDS und von Bündnis 90/Die Grünen auf dem Tisch des Umweltausschusses.

Im Kern geht es darum, daß die rosa/grüne Landesregierung ihre Rechte gegenüber dem Bund beim Betrieb des Endlagers geltend macht und bei berechtigten Zweifeln an dessen Sicherheit von ihren rechtlichen Möglichkeiten gegen Bonn Gebrauch macht, auch wenn im Gegenzug mit einer bundesaufsichtlichen Weisung der Bundesumweltministerin zu rechnen ist.

Nachdem dieser Antrag auch von der SPD wohlwollend kommentiert den Landtag passierte und in den Ausschuß überwiesen wurde, erfolgte heute auf Betreiben eben dieser Partei eine Ablehnung im Umweltausschuß wegen nicht vorhandenem Handlungsbedarf!

Von den vier UnterzeichnerInnen des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen nahm erst gar keiner mehr an der Sitzung teil.

Die Aussagen in der Regierungskoalition zu Morsleben, so die Begründung der SPD-Abgeordneten, wären doch eindeutig. (Die Südharzautobahn läßt grüßen!) Und das Ministerium würde doch sowieso alles Notwendige unternehmen, so daß der Antrag überflüssig sei.

Das Problem, so argumentiert die SPD heute, ist kein politisches mehr, sondern ein verwaltungstechnisches.

Welch wundersame Wandlungen innerhalb weniger Monate.

Oder sollte doch, wie „gutinformierte Kreise“ behaupten, Herr Schröder aus Niedersachsen nachgeholfen haben, der verständlicherweise seine großen Probleme mit Gorleben gern auf Kosten von Sachsen-Anhalt, nämlich mit Morsleben, lösen würde?

— (Prof. Dr. Volker Lüderitz, Umweltpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Presseerklärung vom 27./28. April 1995)

Atomkonsens ist Nonsens

Vom SPD-Ausstieg aus der Atomenergie keine Rede Von Götz Renger

Auch nach den jüngsten Energiekonsensgesprächen vom 24. April ist für die außenstehende Bundestagsgruppe PDS noch wenig vom Zweck der Veranstaltung zu erkennen. Erschwerend kommt hinzu, daß hinter den beteiligten Parteien und Personen nicht unbedingt ein klar artikuliertes Interesse einer Wirtschaftslobby stehen muß.

In der Frage der Kohlefinanzierung bis zum Jahr 2000 konnten Nordrhein-Westfalen und das Saarland eine eher starke Position beziehen, da die Bundesregierung an die Höhe der Subventionen durch das Artikelgesetz gebunden ist. Infolge der weiteren Subventionierung des Steinkohlebergbaus drängen die Länder Bayern und Niedersachsen auf einen zügigen Abbau dieser Subventionen nach dem Jahr 2000. Schröder scheint in jedem Konsens einwilligen zu wollen, sofern sein Land nur genügend Mittel für den Ausbau regenerativer Energien erhält.

In der Atomkraftwerk-Frage artikuliert einzig der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) klar erkennbar das Interesse des Kraftwerkherstellers Siemens. Siemens hofft noch auf die Weiterbeschäftigung seiner Planungsabteilungen und schlug jüngst den Weg über einen standortunabhängigen Vorbescheid nach §7 Atomgesetz für die Genehmigung eines neuen Druckwasserreaktor-Typs vor. Die SPD scheint einem solchen Verfahrensweg, der die Beteiligungs- und Klagerechte der Bevölkerung aushebeln würde, nicht abgeneigt zu sein. Auch die SPD folgt mittlerweile der Industrie-Parole von den unüberwindlichen Investitionshemmnissen durch die überzogene Beteiligung Dritter im deutschen Genehmigungsrecht.

Die Kundschaft der Atomkraftwerkshersteller hält sich jedoch mit Bestellungen zurück, da das Investitionsrisiko für neue Atomkraftwerke sehr hoch ist. Das Energieversorgungsunternehmen Bayernwerke hat bislang keine konkreten Pläne für den Neubau eines Druckwasserreaktors vorgelegt. Nach Presseberichten des *Spiegels* und der *Hannoverschen Allgemeinen* zu urteilen, mühte sich die Bundesumweltministerin Merkel bislang erfolglos, den EVUs (Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen, d. Red.) eine Frist für die Konkretisierung von Bauabsichten zu setzen.

Zur weiteren Einschätzung der Gespräche muß ferner die These herangezogen werden, daß über alle Dinge Konsens herrscht, die nicht gerade Gegenstand der Gespräche sind. Das macht die Sache nicht gerade übersichtlicher. Es kann aber das Vorgehen der niedersächsischen Landesregierung im Planfeststellungsverfahren für das Endlager Schacht Konrad erklären. Schröder erklärte in den vergangenen Konsensgesprächen das geplante Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter für „streitfrei“ und klammerte die damit verbundenen Fragen aus den Gesprächen aus. Im laufenden Genehmigungsverfahren schuf das Umweltministe-

rium prompt eine Aktenlage, die nach Meinung von Experten über kurz oder lang zwangsläufig zu einem positiven Bescheid führen muß. Auch über das Endlager Morsleben (in Sachsen-Anhalt) spricht die SPD nicht gerne. Das Endlager fiel der Bundesregierung im Zuge der Einigung in den Schoß. Ohne Planfeststellungsverfahren und ohne Prüfung der Langzeitsicherheit entledigen sich Atomkraftwerke wie Phillips-

geeigneten Endlagers müssen daher unter anderem im nordrhein-westfälischen Ahaus weitere Zwischenlagerhallen errichtet werden. Die Wiederbereitung im Ausland und der Einsatz von Plutonium-Uran-Mischoxyd-Brennelementen war für EVUs ohnehin ein teurer und technisch problematischer „Entsorgungsweg“. Der Verzicht auf das Hanauer Plutonium-Werk des Siemens-Konzerns fällt den EVUs deshalb sehr leicht. Die kraftwerkseigenen Brennelementelager verfügen in der Regel über eine Kapazität, die für 15 Jahre ausreichend ist.

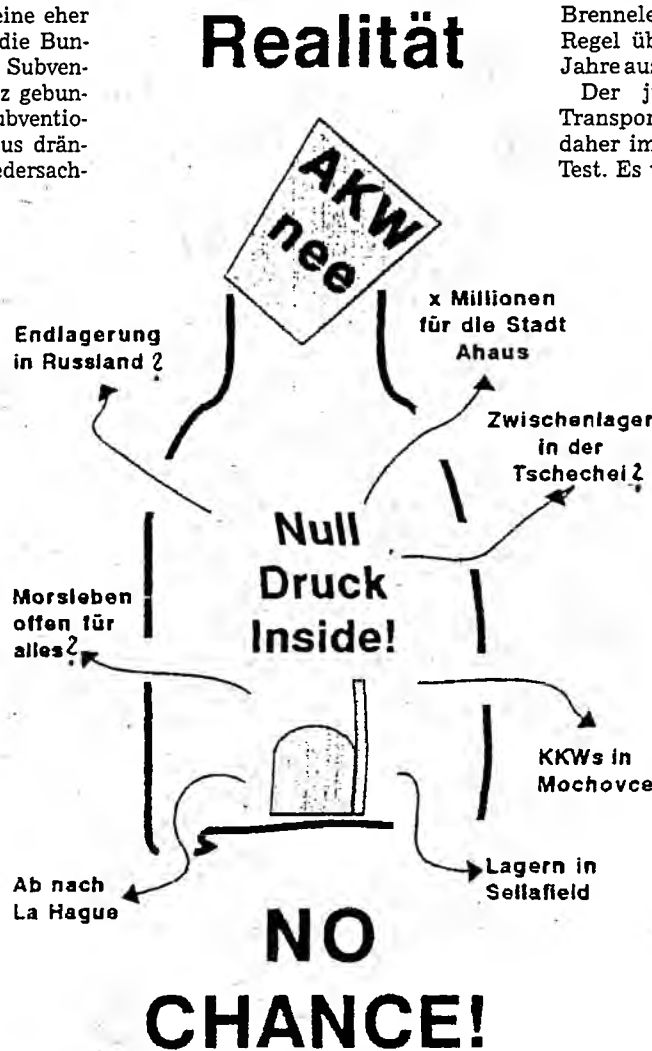
Der jüngste Castor-Transport ins Transportbehälterlager Gorleben war daher im Grunde mehr ein politischer Test. Es wurde unter anderem ausgetestet, ob die SPD-regierten Länder gewillt sind, die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente als zureichenden Nachweis der sicheren Entsorgung von Atomkraftwerken anzuerkennen.

Gleichzeitig wurde die SPD-Landesregierung Niedersachsen dem Druck der Bevölkerung ausgesetzt. Die Debatte um die Restlaufzeiten geht auf einen Greenpeace-Vorschlag zurück und charakterisiert wie keine andere die Qualität der Gespräche. Die von Schröder ins Gespräch gebrachten 30 bis 40 Jahre Laufzeit markieren einerseits die Abkel vom Nürnberger Parteitag: beschluß der SPD und berg andererseits eine erhebliche Gefahr: Sollte der Weiterbetrieb derart sanktioniert werden, dann wird jeder Beamte einer Aufsichtsbehörde dutzende Male hin und her wägen, bevor er einen sachlich gebotenen und auf Grundlage des §17 Atomgesetz möglichen Widerruf der Betriebsgenehmigung ausspricht. Dieses sogenannte „Primat der Politik“ kenn-

zeichnet die Risse im Kernmantel eines Atomkraftwerkes nur in Form eines abstrakten Risikos, das es zu „verantworten“ gilt. Da es lange Zeit verpönt war, den Streit um die Atomkraft mit wissenschaftlich-technischen Argumenten zu führen, herrscht heute in den Köpfen der Politiker ein holzschnittartiges Verständnis von den Dingen vor. Mit dem Abschied vom wissenschaftlich-technischen Sachverstand leidet gleichzeitig die Fähigkeit zu einer Politik der Nadelstiche.

Kürzlich trat die SPD mit dem Vorschlag auf, die Frage der Atomkraft gänzlich aus den Gesprächen auszuklammern. Dieser Vorschlag muß dem hingehend gedeutet werden, daß die SPD in ihren Positionen aufgerissen ist und nunmehr ein stillschweigendes Einverständnis sucht. Die Ablehnung dieses Vorschlages durch die Union ist ein Zeichen ihrer Stärke. Sie kann nun auch das öffentliche Bekenntnis der SPD zu weiteren Nutzung der eingerichteten Atombetriebe einfordern und eine öffentliche Förderung der Forschungs- und Entwicklungskosten für den geplanten Europäischen Druckwasserreaktor erzwingen.

Götz Renger ist Mitarbeiter des PDS Bundestagsabgeordneten Rolf Köhne



burg dort ihres schwachaktiven Mülls.

In einem kurzen Artikel wie diesem ist nicht genügend Platz, um einen vollständigen Überblick über Anlagen, Rechtsstandpunkte und interministerielle Verabredungen zu liefern, über die seit Jahr und Tag Konsens herrscht. Von einem ausstiegsorientierten Vollzug des Atomgesetzes durch SPD-regierte Länder kann auf keinen Fall die Rede sein. Erinnert sei nochmals an das Artikelgesetz, das 1994 den Bundesrat mit Stimmen der SPD-Länder passierte. Mit dieser Novellierung des Atomgesetzes sollen Anlagen, die bis zum 31. Dezember 1993 eine Genehmigung oder Teilgenehmigung erhalten haben, von der dynamischen Maßgabe des „Standes von Wissenschaft und Technik“ ausgenommen werden. Eine Erörterung der Risiken soll laut Artikelgesetz durch eine Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums im Bundesanzeiger ersetzt werden. Damit haben sich die SPD-regierten Länder ihres Entscheidungsspielraumes bewußt entledigt und die Rechte Dritter materiell geschädigt.

Ferner wurde die sogenannte direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente als Entsorgungsweg im Artikelgesetz festgeschrieben. Mangels eines

In atemberaubendem Tempo ändert sich in diesen Monaten der Kurs der deutschen Außenpolitik. Wir werden zu Zeitzeugen eines deutschen Anlaufs zur politischen Neuordnung Europas. Die Basis dieser Neuordnung ist die Isolierung Rußlands durch die Nato-Mächte, die beinahe schon als Einkreisung gesehen werden muß. Im Rahmen dieser Einkreisungsstrategie, in die das ganze Bündnis eingespant ist, steckt die BRD besondere Einflusssphären ab.

Interessenabgrenzung BRD-Frankreich

Bisher überwogen in der Begründung der europäischen Unionierung Werte, die aus dem weiten Feld des Kooperationsgedankens geholt wurden. Populär wurde vom Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen gesprochen. Inzwischen gerät dem Bundesverteidigungsminister die Definition der gemeinsamen Interessen Frankreichs und Deutschlands zur Differenzierung: „Jenseits jeder institutionellen Reform ist es notwendig, daß die Mitglieder der EU ihre gemeinsamen strategischen Interessen als Europäer auf der Basis einer gemeinsamen Lageanalyse definieren. Zwar hat Mittel- und Osteuropa für uns eine ähnliche Priorität wie für Frankreich und Spanien die Lage in Nordafrika. Aber Europas Sicherheit ist unteilbar. Osteuropäische Instabilität ist für Frankreich ebenso risikoreich wie mediterrane für Deutschland.“¹

Besonders beachtlich ist, wie hier der Vorrang (Priorität) von Nationalinteressen auf Expansionsgebiete angemeldet wird.

Wirtschaftsraum — Herrschaftsraum

Die aus dem Verteidigungsministerium formulierte Politik fordert die Übereinstimmung von Wirtschaftsräumen und Herrschaftsräumen ein: „Künftige Mitglieder der Europäischen oder Westeuropäischen Union müssen den gleichen Sicherheitsstatus haben wie diejenigen, die schon jetzt der Nato angehören ... Kongruenz der Mitgliedschaft in Nato und WEU heißt das Gebot. Aber die Prozesse, die dahin führen, müssen nicht synchron verlaufen ... Eine erweiterte Nato wird auch eine andere Nato sein ... Neben die gemeinsame Verteidigung treten gemeinsame Krisenbewältigung und Stabilitätstransfer.“² Das passende deutsche Wort für Stabilitätstransfer dürfte wohl Befriedung lauten und bezeichnet ein politisches Verfahren, bei dem eine fremde, äußere Macht den irgendwo verlorengegangenen inneren Frieden zu ihren Bedingungen mit der erforderlichen Gewalt herstellt. Die frühere Legitimation der Euro-Unionierung beruht darauf, daß die Wirtschaftskooperation der Nachbarstaaten die Grundlage eines Wirtschaftsraums schaffe, der sich eine zivile Ordnung geben könne. Jetzt wird die Erwartung der Instabilität eingestanden und hiergegen das Mittel der militärischen Gewalt gestellt.

Expansionismus nicht zu leugnen

Zwar behauptet Rühle, es gehe dabei nicht um eine Expansionsstrategie: „Mehr Stabilität in Europa nützt allen, nicht zuletzt Rußland.“ Aber wenige Zeilen weiter heißt es dann: „Die schrittweise Erweiterung ist mittlerweile irreversibel. Das Bündnis nimmt kein russisches Veto hin und läßt sich auch keine Bedingungen stellen. Aber für Moskau wird es keine Überraschung

geben.“ Leicht wird übersehen, daß es der EU und der Nato keineswegs um einen allgemeinen Sicherheits- oder auch Stabilitätspakt in Europa geht. Ein Pakt in Europa, der Rußland von der Beteiligung ausschließt, richtet sich nicht auf Stabilisierung, sondern auf Destabilisierung, und darauffolgend auf den „Stabilitätstransfer“. Es ist bestürzend hilflos, mit anzusehen, wie die Außenpolitik der BRD mit brutalen Schnitten den alten RGW-Wirtschaftsraum zerlegt und wie der wirtschaftlichen Expansion die militärische Absicherung unmittelbar und ohne Rücksicht auf dem Fuße folgt. Erst vor ein paar Tagen lasen wir in einer Pressemeldung des Auswärtigen Amtes:

aus der Absicht der lückenlosen Einkreisung Rußlands.

Streben nach Überlegenheit

Die knallharte Ausschlußpolitik, die von den Nato-Mächten bei allen Fragen der institutionalisierten Zusammenarbeit in Europa durchgeführt wird, prägt bereits die Rüstungspolitik. Ginge die Rüstungspolitik der Nato von einem Sicherheitsdenken aus, könnte der gegenwärtige Stand zum Beispiel der Luftrüstung eingefroren bleiben. Aber nein, es muß ein neuer Jäger her. Warum? Spätestens nachdem im Zuge des Zerfalls

den. So formuliert Rühle vor der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik: „Vierorts gibt es ein Mißverständnis über die Aufgaben der Krisenreaktionskräfte. Es wird so getan, als ob wir 50000 Soldaten für die UNO marschbereit halten müßten. Das ist natürlich Unfug. Krisenreaktionskräfte sind erstens die präsenten Kräfte zur Landesverteidigung, die Mobilmachung und Aufmarsch der Hauptverteidigungskräfte schützen können. Sie sind zweitens Deutschlands rasch verfügbarer Beitrag zur Solidarität in Nato und WEU, wenn Krisenlagen diesen Beitrag erfordern. Sie bilden schließlich das Kräftepotential, aus dem begrenzte deutsche Kontingente für Einsätze der Vereinten Nationen bereitgestellt werden.“³

Noch kann etwas verhindert werden!

Der Wandel der deutschen Militärpolitik zu einer Expansionspolitik, die unter Gesichtspunkten des deutschen nationalen Interesses bestimmt wird, bricht sich gegenwärtig an der Ausrüstung und Strukturierung der Bundeswehr, die Operationen ausschließlich im Bündnis vorsah. Es wird umgerüstet. „Die Krisenreaktionskräfte haben planerische Priorität. Sie müssen mobil sein, weiträumig und flexibel eingesetzt werden können. Bei ihrer Ausrüstung bestehen Defizite, die schrittweise abgebaut werden. Dazu gehören insbesondere:

- Führungs- und Aufklärungsfähigkeit, auch großräumig und über Grenzen hinaus;
- Transportfähigkeit zur Verlegung von Krisenreaktionskräften;
- uneingeschränkte logistische und sanitätsdienstliche Versorgungsfähigkeit für Einsätze in allen Regionen des Bündnisses;
- die Fähigkeit zur Abwehr taktischer Flugkörper;
- aber auch die persönliche Ausrüstung des einzelnen Soldaten — vom Kampfanzug über den Helm bis zu seiner Waffe, das ist wenig spektakulär, aber für die Einsatzbereitschaft und die Motivation der Soldaten aber um so wichtiger.“⁴

Dies ist ein Programm zur Herauslösung operationsfähiger Einheiten aus dem Bündniszusammenhang. Denn all diese Dinge gäbe es im Bündnis, es gibt sie nur nicht in deutscher Alleinregie.

Diese modellhafte Ausgestaltung der Krisenreaktionskräfte ist militärpolitisch vor allem im Zusammenhang mit der Hochrüstung der Hauptkräfte zu bewerten.⁵ Rühle verspricht dem Heer einen Kampf- und Unterstützungshubschrauber, das gepanzerte Transportfahrzeug und die Panzerhaubitze 2000, aber auch neue Transporthubschrauber; der Luftwaffe ein neues Jagdflugzeug und die Beteiligung an einem europäischen Transportflugzeug und ein taktisches Luftverteidigungssystem, der Marine neue Fregatten und U-Boote.

Es sollte doch gelingen, die breite Öffentlichkeit dafür zu interessieren, daß hier für teures Geld eine Militärmacht konfiguriert wird, die ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges darstellt. — (maf)

Quellen:

- 1 Vortrag Rühes beim Seminar „Sicherheitspolitik 1995“ der Bundeswehrakademie, Bonn, 20. April
- 2 Rühle, ebenda
- 3 Kinkel lt. Presseamt Auswärtiges Amt, 20. April 1995
- 4 Rühle, ebenda
- 5 Rühle, Vortrag vor der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., Bonn, 26. April 1995
- 6 Rühle, a.a.O.
- 7 Rühle, a.a.O.

Mittel- und Osteuropa „unser Nordafrika“?

Die Bundesrepublik steckt ihre Einflusssphären bei der Einkreisung Rußlands durch die Nato ab



Ein Auslieferungsfahrzeug der BRD-Firma „Eismann“ 1993 in Moskau. (Bild: Marwan Bahrour) Der russische General Lebed hat erklärt, eine Erweiterung der NATO auf Polen und die Tschechische Republik „würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten“ (Zitat aus: „FAZ“, 13. April 1995).

„Ausdrücklich ging Kinkel auf die Wünsche der baltischen Staaten nach Aufnahme in die Nato ein, indem er darauf verwies, die drei Ostsee-Republiken fühlten sich subjektiv gefährdet als andere osteuropäische Länder. Die baltischen Staaten sind nicht a priori von einer Nato-Osterweiterung auszuschließen, meinte er.“⁶

Einkreisungsstrategie

Es wird eine Einkreisungsstrategie der Nato erkennbar, die vom Norden, dem Baltikum, bis zum Süden, der Nato-Türkei, reicht. In dieser Einkreisungsstrategie stören freilich Reste der alten europäischen Ordnung, politische Tatsachen und Werte. Der Verteidigungsminister hat eine Liste nach und nach zu beseitigender Hindernisse aufgestellt. Da ist einmal die alte Neutralität Österreichs, Finnlands und Schwedens. Da ist zweitens die vertragliche Situation zwischen EU und Nordamerika (bisher bloß Beistand im offenbaren Angriffsfall). Drittens gäbe es Staaten, die den Einsatz der eigenen Streikkräfte nicht an europäische Mehrheitsentscheidungen knüpfen wollten ...⁷

Diese Hindernisliste ergibt sich nur

des realen Sozialismus die MIG-Flugzeuge aus der früheren UdSSR in beachtlichen Stückzahlen an die Nato fielen und ausgetestet werden konnten, war klar, daß die Nato-Jagdbomber diesem System gegenüber die Luftherrschaft nicht sicherstellen. Der Jägerneubau der Nato zielt darauf ab, eine Luftüberlegenheit der Nato an die Grenze Rußlands hin und nach Rußland hinein geltend machen zu können.

Ziel: selbständig operieren!

Die Konfliktstrategie der Nato gegenüber Rußland hat wahrscheinlich den gemeinsamen Grund, daß die beteiligten Wirtschaftsmächte eine Abkehr von der desaströsen Privatwirtschaft im Osten fürchten und überall und jederzeit nur dann eingreifen können, wenn die Überlegenheit gegenüber Rußland gewährleistet ist, auch ein kapitalistisch chaotisiertes Rußland könnte aus reinen Interessenerwägungen was gegen Nato-Interventionen zwecks Stabilitätsexport z.B. in die Ukraine entwickeln.

Es ist jedoch zu beobachten, wie sich in diesem denkbaren Gesamtinteresse konkrete Nationalinteressen herausbil-

Die Rechte hat den ersten Wahlgang zu den französischen Präsidentschaftswahlen mit einem Stimmenanteil von 60 Prozent deutlich für sich entschieden. Auch wenn Lionel Jospin von der Sozialistischen Partei mit 23 Prozent überraschend das beste Ergebnis der neun Kandidaten erzielt hat, scheint doch ein Sieg Chiracs im zweiten Wahlgang fast sicher. Le Pen, der Führer der faschistischen Front National, hat mit 15 Prozent der Stimmen gegenüber 1988 nochmals zugewonnen. Im Alsace hat die FN teilweise mehr als 30 Prozent der Stimmen erzielt. Zusammen mit dem Stimmanteil für den Ultrarechten de Villiers hat ein Fünftel der Wähler der extremen Rechten die Stimme gegeben. Eine erste Folge dieses Wahlergebnisses ist, daß jetzt die FN die Themen des zweiten Wahlgangs bestimmt: Immigration und innere Sicherheit.

Bester Wahlhelfer für die FN war Baladurs Innenminister Pasqua. Die Verordnungen und Gesetze aus dem Innenministerium haben den Hetzkampagnen der FN den entsprechenden Hintergrund geliefert. Die sogenannten lois Pasqua, die die Staatsbürgerschaftsrechte relativieren — hin zu sowas wie dem deutschen Blut- und Abstammungsrecht — und die den rassistischen Übergriffen der Polizei staatliche Legitimierung verschaffen, haben dazu beigetragen, den Faschisten weitere Wähler zuzutreiben. Die Faschisten wollen das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen nutzen, um bei den im Juni stattfindenden Kommunalwahlen nochmals zuzulegen.

Der Kandidat der Kommunistischen Partei, Robert Hue, erhielt 8,6 Prozent der Stimmen, die Kandidatin der trotzkistischen Lutte ouvrière, Arlette Laguiller, 5,3 Prozent, und die Kandidatin der Grünen, Dominique Voynet, kam auf 3,3 Prozent. Im folgenden sind Auszüge einer Bewertung des Wahlergebnisses dokumentiert aus der Zeitschrift *Humanité dimanche* der PCF. — (map)

Die Lektionen einer Wahl

Soziale Einbrüche und Suche nach einer neuen Zukunft

Die politische Landschaft, wie sie sich am Tag nach dem 23. April darstellt, verstärkt die Brüche, die in den letzten Jahren begonnen haben, selbst wenn die neuen Zeichen, die Träger der Zukunft, beginnen, Kontur zu gewinnen: die Ablehnung der herrschenden Politik hat sich verstärkt, die Stimmergebnisse haben sich weiter zersplittert. Mit der Front National hat eine dominierende und autoritäre Rechte, die im politischen Leben verankert ist, einen Aufschwung genommen. Die Sozialistische Partei hat sich verbessern können, und die Kommunistische Partei hat zugelegt.

Soziales Unbehagen und Streben nach Veränderung

Was auch ihre schließliche Wahl sein wird, die Wähler haben in ihrer großen Mehrheit den Willen bestätigt, mit der aktuellen herrschenden Politik Schluss zu machen. Da er nur die Regierungspolitik verteidigt hat, erlitt Edouard Balladur einen wahren Fehlschlag, nachdem er einen auf seine Person zugeschnittenen Wahlkampf angefangen hatte.

Auf Anhieb hat Jacques Chirac den Vorteil erkannt, in allen Tönen sich abzugrenzen. Le Pen macht damit seit langem seine Geschäfte, indem er die einfachsten und schwärzesten Antworten den Wählern, die auf der Suche nach sozialer Eingliederung sind, gab.

Auf der Linken hat Robert Hue, alles auf einmal, die Empörung der Bevölke-

rung getragen und radikale Vorschläge zur Veränderung vorgebracht. Arlette Laguiller hat ihre Argumentation konzentriert auf die Ablehnung der Regierungen und der Parteien. Damit hat sie einen Teil der traditionellen extremen Linken (30%) erreicht, aber auch 10 bis 11 Prozent der ehemaligen Grünen, 6 Prozent der Wähler Tapies, 6 Prozent der Sozialisten und 5 Prozent der Kom-

Und sein leichter Zugewinn in den letzten Tagen ist eher darauf zurückzuführen, daß die Wähler im zweiten Wahlgang die Linke vertreten sehen wollten, als auf eine Zustimmung zu Jospins Programm.

Nach einem Wahlauftakt, halb-lachend, halb-weinend, ungeeignet, eine Wählerschaft, die Neues erwartet, zu begeistern, hat Jospin am Schluß mit

Wahl in Frankreich: Rechte gestärkt

Le Pen diktiert Themen im zweiten Wahlgang, aber auch gutes Abschneiden der Linken



munisten. Lionel Jospin, der seine Wahlkampagne auf der Linie Delors begonnen hatte, mußte der Stimmung für Veränderung Rechnung tragen.

Diese Bestrebungen, die alle Wählerschichten durchziehen, machen es schwierig, einen politischen Ausweg zu finden, der alle zufriedenstellt. Von daher blieb auch die Unentschiedenheit stark bis zum letzten Augenblick (28% der Wähler haben ihre Entscheidung, wen sie wählen, erst in den letzten Tagen getroffen). Die weißen Stimmen (auf dem Stimmzettel wurde keiner der Kandidaten angekreuzt, d. Verf.) sind auf 2,8% gegenüber 1,1% 1988 angestiegen, und die Lager sind weiter zersplittert. Kein Kandidat hat es geschafft, die Hürde von 25 Prozent zu erreichen.

Dieses Streben, das aus den sozialen Fragen und der demokratische Kraft kommt, ist natürlich sehr unterschiedlich, gegensätzlich, widersprüchlich (was die Wahl von Le Pen betrifft). Das heißt für die Zukunft, es ist wichtig, notwendig, zu diskutieren, nachzudenken, über die Mittel der Veränderung, zu handeln und eine Perspektive des Fortschritts zu entwickeln.

Eine Spaltung Links — Rechts, verworren, aber anhaltend.

Unbestreitbar war der Vorsprung Lionel Jospins die Überraschung. Er hat übrigens mehr von Jacques Chiracs Rückschlag im rechten Lager profitiert als von einem tatsächlichen Schub des sozialistischen Kandidaten, der eines der schlechtesten Ergebnisse der Sozialistischen Partei seit 1981 erzielt hat.

der Angst gespielt, daß es im zweiten Wahlgang ein Duell Rechts — Rechts geben könne. Er hat daran appelliert, „zweckmäßig“ zu wählen. Damit hatte bereits Mitterrand Erfolg.

Ohne daß dies stark gewirkt hätte, die Methode hatte einen gewissen Erfolg: Nach den Umfragen haben zwischen 15 und 25 Prozent der Wähler, die beabsichtigten, Dominique Voynet oder Arlette Laguiller zu wählen, sich entschlossen, doch Jospin die Stimme zu geben, sowie 11 Prozent der Wähler der PCF.

Doch muß man festhalten, daß — zum ersten Mal seit 1981 — dieser Vorgang einen Fortschritt der Kommunisten nicht verhindert, selbst wenn er dazu beigetragen hat, daß dieser nicht noch besser ausfiel. Eine Aussicht für die Zukunft.

Die offiziellen Unterstützer Jospins haben, ihre eigenen Appelle vergessend, ärgerlicherweise das Ergebnis ihres Kandidaten in ein Votum für Zustimmung interpretiert und sogar von der Wiedergeburt einer neuen Sozialdemokratie gesprochen. Was die Menschen in den Banlieues (den Elendsvorstädten, d. Verf.) aufregen muß ...

Schließlich, nach der Erfahrung von vierzehn Jahren an der Macht — teilweise traumatisierend für die einfachen Leute —, mit dem Ansteigen von Ausgrenzung, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, der Entwicklung der Finanzaffären — bleibt die Bedeutung von Fortschritt sehr stark, selbst wenn die Möglichkeiten, sie am Leben zu erhalten und voranzutreiben, schwach bleiben. Es ist gut, wenn man sich auf dieses

Streben stützt und mit alten Schlußfolgerungen bricht, man könne die Rechschlagen und eine Zukunft des Fortschritts ersinnen. Die Linke sammelt und zum Zentrum hin öffnen, wie einige fordern, würde nur mißlingen.

Eine dominierende Rechte und eine bissige extreme Rechte

Schon seit mehreren Jahren bemerkbar, hat sich der Rechtsruck der Gesellschaft verstärkt und verhärtet. Die rechten Kandidaten haben insgesamt 60% der Wähler für sich gewonnen. Ein Rekord, der beunruhigt, insofern er einen Teil der Jugend mitreißt, besonders diejenigen, die nur die erste Amtszeit Mitterrands kannten und sein ängstliches Gefolge: 25% der unter 25jährigen haben für Chirac votiert, 17% für Le Pen.

In der übrigen Bevölkerung hat Chirac, der den Kurs verfolgte, sich als Verkörperung des „sozialen Wechsels“ darzustellen, seine Ziele kaum erreicht. Wenigstens hat er einen Teil der Anhänger Tapies (15%) auf seine Seite gezogen. Er findet sich ungefähr beim Ergebnis von 1988 wieder. Was aber keineswegs bedeutet, daß er nicht große Anstrengungen unternommen hat, andere Wählerschichten auf sich zu ziehen.

An seiner Seite ist Philippe de Villiers buchstäblich untergegangen, der glaubte, sein Resultat der Europawahlen (12% der Stimmen) wiederholen zu können. Im Gegensatz zur weit verbreiteten Auffassung ist sein Wahlvolk — „bürgerlich, praktizierende Katholiken“ — nicht das empörte Wahlvolk Le Pens. Er hat seinen Anhang immer aus dem Lager Chiracs und Balladurs geholt.

Das Markanteste ist natürlich das Gewicht der Front National. Le Pen hat sein Ergebnis von 1988 um weitere 0,7 Prozent verbessert und damit seine Verankerung im politischen Leben Frankreichs bekräftigt. Gewiß, in der Ile-de-France, in der Region Alpes-Côte d'Azur hat er leicht verloren. Aber er hat zugelegt im Norden, im Osten und Südosten, besonders in den großen Städten. Er ist von fast einem Viertel der Händler und Handwerker gewählt worden, von zwischen 25 und 27 Prozent der wählenden Arbeiter, ungefähr von einem Viertel der Arbeitslosen, die ihre Stimme abgegeben haben, und von einem Drittel derjenigen, die sich zu den benachteiligten Schichten zählen.

Diese Bevölkerungsteile müssen seit 14 Jahren die Auswirkungen von Regierung und Unternehmern tragen, ohne diejenigen belangen zu können, die dafür zur Verantwortung zu ziehen sind. Die Fremden und die Franzosen, die aus der Immigration stammen — per Definition sofort sichtbar — dienen als Sündenbock für alles Schlechte: Arbeitslosigkeit, Drogen, soziale Unsicherheit und selbst Aids. 75% von ihnen machen die Einwanderer dafür verantwortlich. Diese Auffassungen sind ohne jeder Zweifel verstärkt worden durch die Propaganda der Macht und die Gesetze Pasquas (Innenminister, d. Verf.). So mangels jeglicher Perspektive für sich und ihre Kinder, suchen diese Wähler einfache und schnelle Schlüsse, um aus ihrer Lage zu kommen.

Wenn die Mobilisierung aller Demokraten und aller fortschrittlichen Kräfte auch unerlässlich ist, um der Gefahr der extremen Rechten zu begegnen und zu verhindern, daß sich Le Pen als Schiedsrichter aufspielt, sie bleibt erfolglos, wenn sie nicht begleitet ist von konkreten Kämpfen, um die Schaffung von Beschäftigung, die Verbesserung des täglichen Lebens, den sozialen Wohnungsbau, für grundlegende politische Veränderungen ...

Martine Bulard in: „Humanité dimanche“, 27. 4. 95

Italien: Keine Mehrheit für die Rechten

Berlusconi und die Faschisten schwächer als erwartet. Gutes Ergebnis für Rifondazione.

Die halbe Strecke zurück an die Regierung — das sollten für Berlusconi und seine Rechtskoalition die Regionalwahlen am 23. April sein. Gewählt wurde in ganz Italien mit Ausnahme von Aostatal, Trient-Südtirol, Friaul-Julisch Venetien, Sardinien und Sizilien. Mit einem eindrucksvollen Sieg wollte Berlusconi seine Forderung nach Neuwahl des Parlaments schon im Juni unterstreichen.

Aus den Hochrechnungen des Wahlabends hat sich Berlusconi mit seinen Verbündeten als Sieger im Großteil der Regionen und landesweit bei fast 50 % gefeiert und seine Ansprüche bekräftigt. Einen Tag später, als die ausgezählten Stimmen die Hochrechnungen schwer blamierten, sah die Lage anders aus. Berlusconi's „Pol der Freiheiten“ aus Forza Italia, faschistischer Alleanza nazionale und rechten früheren Christdemokraten gewann in sechs Regionen, den drei reichen des Nordens: Piemont, Lombardei und Venetien; und den drei bevölkerungsreichsten des Südens: Kampanien, Apulien und Kalabrien. Berlusconi's Forza Italia kam landesweit auf 22,4 % (bei den Parlamentswahlen letztes Jahr 20,0 %) und die Faschisten auf 14,0 % (1994: 13,6 %). Erwartet hatten die Faschisten 18 %. Für das gesamte „Mitte-Rechts-Lager“ (Centro-destra) kamen etwa 42 % der Stimmen zusammen.

An Kandidaten des „Mitte-Links“-Bündnisses (Centro-Sinistra) aus Demokratischer Linkspartei (PDS), „linken“ Christdemokraten, Grünen und anderen, teilweise auch Rifondazione Comunista, fielen dagegen neun Regionen: Ligurien, Emilia Romagna, Toskana, Marken, Umbrien, Latium, Abruzzen, Molise und Basilikata. Die Linksdemokraten (PDS), die aus der Mehrheit der früheren Kommunistischen Partei hervorgegangen sind, wurden mit guten 25,2 % (1994: 21,2 %) stärkste politische Kraft Italiens. Das Centro-Sinistra-Bündnis erreichte 40,7 % der Stimmen. Das liegt zwar unter den 42 % des Rechts-Bündnisses. Aber auch die Ergebnisse von Lega Nord mit 6,6 % (1994: 9,1 %) und Rifondazione comunista mit 8,4 % (6,6 %), die nicht dem „Centro-Sinistra“ angehören, stehen gegen die Rückkehr Berlusconi's und der Faschisten an die Regierung.

Die Lega hält sich im Norden auch nach ihrer Wende

Bossi und die Lega Nord hatten unter heftigen inneren Auseinandersetzungen Anfang dieses Jahres das Bündnis mit Forza Italia und Alleanza nazionale endgültig aufgekündigt und damit die Regierung Berlusconi zu Fall gebracht. Mehr als 50 Abgeordnete hatten dabei die Lega verlassen und sich zumeist Berlusconi angeschlossen.

Bossi hatte den einschneidenden Schwenk weg von der Rechtsregierung, die er selbst ermöglicht hatte, strategisch begründet: „Es war eine Schlacht, um die Demokratie zu retten ... Die (Geheimloge) P2, die Mafia und die Faschisten waren in der Regierung des Landes angekommen“. Die Lega sei die natürliche Vertreterin des kleinen und mittleren Bürgertums, aber „das Fehlen eines Zentrums ist eine Gefahr, weil die Mittelschichten mehr rechts als links wählen, und wenn nun der Zentrums-pol fehlt, riskiert man ein Ende bei der Rechten, und man landet bei einem ausgesprochenen Regime“. Die Lega als Vertretung des kleinen und

mittleren Bürgertums habe nicht weiter mit den Rechten koalieren können, weil man die Mittelschichten sonst dem berlusconianischen Monopolismus zugeschlagen und „die Bedingungen eines neuen Faschismus geschaffen“ hätte. Früher seien die Mittelschichten rechts gestanden und hätten sich zusammen mit dem großen Kapital gegen die Linke verteidigt. Heute gebe es den Kommunismus (gemeint: den PCI) nicht mehr, und die Mittelschichten müssten sich alleine, in einem Pol des Zentrums verteidigen.¹ Bossi hatte sich damals zum ersten Mal der Diskussion mit den Linksdemokraten geöffnet, bei denen er seinerseits eine Öffnung für die föderalistischen Ziele der Lega erblickt hatte.

Bossi's strategische Wende weg von der äußersten Rechten geschah offensichtlich unter dem Eindruck, daß ein weiterer Verbleib im rechten „Pol“ die Lega als politische Kraft der besitzenden Mittelklassen des Nordens zwischen wirtschaftlichem Monopolismus und faschistischem Zentralismus zerreißen würde.

Auch nach dieser Wende ist die Lega ideologisch rechts geprägt. Und gegenüber dem zentralen Parteiziel des Föderalismus hat sich offiziell eine Strömung für *indipendentismo*, für die Unabhängigkeit des Nordens vom Rest des Landes, organisiert.

Nicht alle wollten Bossi's Wende mitmachen, weder bei den Mitgliedern und Funktionsträgern noch bei den Wählern, die teilweise bei Forza Italia und Alleanza nazionale gelandet sind. Aber im Norden bleibt die Lega eine bestimmende politische Kraft (Lombardei: 18,6 %, Venetien: 17,4 %, Piemont: 11,2 %).

Rifondazione comunista: aus der Krise zum besten Ergebnis

„Ein ausgezeichnetes Ergebnis, über unseren Erwartungen“ (Fausto Bertinotti, Parteisekretär) verzeichnete Rifondazione comunista: ein Zugewinn von fast 2 %, verglichen mit den Parlamentswahlen des vergangenen Jahres. Das Erstaunliche daran ist, daß dieses Ergebnis nach Monaten schwerer Parteikrise, größten äußeren und inneren Drucks auf die Partei, erzielt worden ist.

Die unterschiedlichen Positionen innerhalb von Rifondazione, die von allen Beteiligten als „strategische Differenzen“ beurteilt werden, waren schon bald nach dem Sturz der Regierung Berlusconi deutlich geworden: Sollte Rifondazione auch einen eigentlich nicht akzeptablen neuen Ministerpräsidenten stützen, um eine parlamentarische Mehrheit gegen Berlusconi's Rückkehr zu sichern; oder sollte die Partei eine oppositionelle, vor allem dem sozialen Widerstand (wie den Kämpfen gegen die Rentenkürzung vom letzten Herbst) verpflichtete Linie verfolgen? Der Konflikt wurde aufgeschoben, als Staatspräsident Scalfaro als neuen Ministerpräsidenten Dini vorschlug, einen früheren Spitzenmann der Bank von Italien und ein „Falke“ im Kabinett Berlusconi, wo er für die verhaßte „Rentenreform“ verantwortlich war. Dini's Mehrheit war gesichert, auch Forza Italia und Alleanza nazionale ließen Dini passieren, weil sie mit schnellen Neuwahlen rechneten, die sie an die Regierung zurückbringen sollten. Rifondazione stimmte damals im Parlament geschlossen gegen Dini's Wahl.²

Der Konflikt brach dann aber bei der Entscheidung über Dini's Finanzgesetz mit Einsparmaßnahmen voll aus. Forza Italia und Alleanza nazionale, die die Parlamentswahlen in die Ferne entschwinden sahen, entzogen Dini ihre Unterstützung. Eine parlamentarische Mehrheit für das Finanzgesetz und damit die weitere Existenz der Regierung Dini, die die Entscheidung mit einer Vertrauensfrage verband, wurde fraglich. Jetzt wurde der Druck auf Rifondazione, Dini trotz der politischen Gegnerschaft zu unterstützen, riesengroß. Insbesondere die Linksdemokraten (PDS) nahmen die Abgeordneten von Rifondazione in die politische Mangel und stellten Rifondazione als mögliche Helfershelfer der Rechten hin. Und tatsächlich stimmte dann fast die Hälfte der Rifondazione-Abgeordneten in der Vertrauensabstimmung für ein Finanzgesetz, dessen Inhalt sie ablehnten. Der Bruch in der Partei, vor allem zwischen der Mehrheit der Parteiführung und einem erheblichen Teil der Fraktion, war da.

Eine Tagung des Nationalen Politischen Komitees von Rifondazione hat über den „Vorgang ohne Vorläufer in der parlamentarischen Geschichte“ kontrovers diskutiert, aber mit großer Mehrheit (150 gegen 20 Stimmen bei 5 Enthaltungen) die Position von Sekretär und Präsident bestätigt. Im Herbst soll auf einer Programmkonferenz versucht werden, die divergierenden Vorstellungen weiterzudiskutieren. Außerdem soll eine „Gesamtheit von Regeln und Verhaltensweisen“ gefunden werden, die „der Partei garantiert, daß sie auch in den Institutionen einheitlich repräsentiert wird“. Als zentrale politische Frage der nächsten Zeit wird der Widerstand gegen die „Rentenreform“ bezeichnet, die die Regierung Dini vor einer Neuwahl über die Bühne bringen soll.

Und in dieser außerordentlich schwierigen Lage hat Rifondazione das beste Wahlergebnis der fünfjährigen Parteigeschichte erzielt. Das gesplante Abstimmungsverhalten hat nicht zu einem Verlust an Zustimmung geführt, im Gegenteil. Offensichtlich haben auch frühere Wähler der Linksdemokraten, die sich durch den Drang des PDS Richtung bürgerliche Mitte nicht mehr vertreten fühlen, Rifondazione gewählt.

Perspektiven für die nächste Parlamentswahl?

Armando Cossutta, der Präsident von Rifondazione, erklärte an die Adresse der Linksdemokraten: „D'Alema (der Vorsitzende, rok.) hat recht, wenn er nach diesem Ergebnis sagt, daß die Mehrheit nicht bei der Rechten liegt. Das zeigt, daß man gewinnen kann, aber man kann nicht von Rifondazione comunista absehen.“³ Tatsächlich hatten die Linksdemokraten einen teils schroffen Ausgrenzungskurs gegenüber Rifondazione eingeschlagen, um bei den Regionalwahlen Bündnisse mit christdemokratischen Kräften zu schließen (in acht Regionen konnte Rifondazione als Teil eines Bündnisses gegen die Rechten antreten, in sieben anderen Regionen aber mußte Rifondazione alleine kandidieren).

So steht zwar eine deutliche Mehrheit der Stimmen gegen die Rechten, aber selber aufgespalten in drei politische Gruppierungen: den Centro-sinistra-Block um Linksdemokraten, „linke“

Christdemokraten und andere, die Lega und Rifondazione. Auf sozialem, politischem und institutionellem Feld gehen ihre Vorstellungen auseinander.

Um dennoch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Rechte zu sichern, hat Fausto Bertinotti unmittelbar nach der Wahl zwei Vorschläge an den Centro-sinistra gerichtet: Bei den anstehenden Stichwahlen bei Provinzialwahlen will Rifondazione auf der Grundlage von programmatischen Übereinkünften die Kandidaten gegen die Rechten unterstützen. Bei den Parlamentswahlen, die jetzt für etwa Oktober erwartet werden, schlägt Rifondazione ein demokratisches Wahlbündnis vor, eine Übereinkunft Wahlkreis für Wahlkreis, um die Rechten zu schlagen. Bei den Themen für ein solches Übereinkommen klammerte Bertinotti die sehr strittigen sozialen Fragen aus und konzentrierte sich auf Punkte, wo eine Einigung eher erwartet wird: Massenkommunikationsmittel, Regierungsmethoden, institutionelle Reformen. — (rok)

Quellen:

- (1) la Repubblica 12.2.95;
- (2) Liberazione Nr. 14 vom 7.4.95;
- (3) la Repubblica, 25.4.95

Dänemark

Streiks im öffentlichen Verkehr

Der größte Streik seit 1985 legte am 20.4. in Dänemark große Teile des öffentlichen Verkehrs still. In den Großstädten streikten die Busfahrer, große Teile des Fährverkehrs wurden lahmgelegt, der Postverkehr war ebenso eingeschränkt wie die Flugabfertigung der SAS in Kopenhagen. In mindestens 250 Betrieben haben sich nach Schätzungen des Dänischen Arbeitgeberverbands weit mehr als 25000 Menschen an Sympathiestreiks mit den Busfahrern von Esbjerg beteiligt.

In Esbjerg sind im Februar 90 Busfahrer in den Streik getreten, um gegen massive Lohnkürzungen zu protestieren, die sie ab April 1995 zu erwarten hätten, weil ein Jahr zuvor das Unternehmen Ri Bus A/S die städtischen Verkehrsbetriebe übernommen hatte. Die Direktion der Ri Bus blieb gegenüber den Forderungen der Busfahrer, die für den gleichen Lohn weiterfahren wollten, hart. Die Busfahrer wurden entlassen. Daraufhin wurden in Esbjerg die Busdepots blockiert, bis vor ca. einer Woche die Polizei die Blockaden aufbrach und bei drei von 18 Buslinien den Betrieb durchsetzte. Die Busse wurden teilweise von Polizei eskortiert. In der letzten Woche wurden die Busse in Esbjerg unterwegs blockiert, zwölf Fahrer von Blockade-Wagen wurden vorübergehend von der Polizei festgenommen.

Am 18. April beschloß eine landesweite Vertrauensleuteversammlung den großen Streik in allen Landesteilen, der in Kopenhagen und Esbjerg von Demonstrationen begleitet wurde. Die Führungsetage von Ri Bus, in der in der Zwischenzeit ein neuer Direktor eingesetzt worden ist, bleibt bisher gegenüber den Forderungen der Busfahrer unnachgiebig. — (ans)
Quelle: „Flensborg Avis“, Ausgaben von Februar bis April

Von Philippsburg nach Gorleben — der Castor wird durchgeprügelt

Bericht von den Widerstandsaktionen gegen den Castor-Transport

Am Freitag: das Urteil
Am 21. April wurden durch das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg nach einem insgesamt 12jährigen Verfahren die letzten rechtlichen Hindernisse für einen Castor-Transport in das Zwischenlager von Gorleben beiseite geräumt und damit entschieden, daß der erste Castor vom baden-württembergischen Philippsburg ins niedersächsische Wendland befördert werden dürfe. Die der Atomindustrie wohlgesinnten Richter lehnten alle weiteren Anträge gegen Genehmigungen zum Transport und zur Einlagerung ins Zwischenlager ab, indem sie entschieden, „daß der Behälter den Anforderungen des Atomgesetzes an die zum Schutze der Bevölkerung erforderliche Vorsorge gegen Schäden entspricht“ (Aktenzeichen 7M 1977/95).

Die „Castorgruppe Dannenberg“ schreibt dazu in einem Flugblatt: „Plausibel wird das Urteil, wenn man die Pläne der Atomindustrie und ihrer Verbündeten in Bonn beleuchtet: Ein Ausstieg ist überhaupt nicht geplant, neue Reaktoren sollen dem Kampf gegen die CO₂-Emission dienen, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, wobei zu bedenken ist, daß der Anteil der Atomenergie an der Energieerzeugung weltweit etwa 5 % beträgt! Die Lösung des Treibhaus-Problems ließe sich selbst mit einer Verdoppelung der AKWs überhaupt nicht beeinflussen. Siemens will trotzdem mit einem neuen, in der Herstellung preiswerten Reaktortyp (Euroreaktor) nicht nur bei uns, sondern auch in den Entwicklungsländern zum Umweltschutz (Einsparung von fossilen Brennstoffen) beitragen...“

Am Samstag: Proteste

Nach diesem endgültigen Urteil versammelten sich am darauffolgenden Samstag auf dem Marktplatz von Dannenberg 3000 Menschen zu einer Protestkundgebung und etliche Demonstranten durchbrachen eine Polizeikette

an den Gleisen. Die seit über 20 Jahren im Widerstand erfahrenen Bauern aus der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ blockierten in Lüchow und Neu-Tramm zwei Polizeiuferkünfte mit Traktoren. Hunderte von Demonstranten versperrten den Zugang zum Zwischenlager, die Polizei konterte mit Schlagstöcken und einer Reiterstaffel — dem massivsten Einsatz seit Jahren, wie Augenzeugen aus dem Landkreis berichteten, und die sind einiges gewohnt!

Am Sonntag: an den Bahngleisen

Zunächst wurde das wendländische Hüttendorf von der Polizei plattgemacht. Begründung: Gefahrenabwehr. Eine allgemeine Personalienfeststellung erfolgte und für sechs Leute eine Festnahme. Der Bürgermeister Fathmann von Dannenberg betonte ausdrücklich, daß er keine Räumung der Gemeindegrenze beantragt habe.

Es folgte ein allgemeines Versammlungsverbot für den gesamten Landkreis, dem sich sogar etliche Kommunalpolitiker aus Niedersachsen widersetzen wollten. In Philippsburg demonstrierten derweil 400 Atomkraftgegner gegen den Abtransport der neun abgebrannten Brennstäbe quer durch die Lande. Anschläge auf Bahnstrecken — besonders auch im Frankfurter Raum — erzeugten bereits Schäden in Millionenhöhe; so die Deutsche Bahn-AG. Zwischen Bremen und Hamburg wurde ein Wurfanker auf die Oberleitung der Strecke geworfen. Zwischen Uelzen und Dannenberg fanden die Tag und Nacht herumstreifenden Polizisten und Bundesgrenzschützer Schienen durchsägen und Bahnschwellen untergraben. Vor Göttingen zerrten Polizisten blockierende Atomgegner von den Gleisen. In Hitzacker auf dem Bahnhof wurden längere Zeit brennende Barrikaden gesichtet.

Montag / Dienstag: der Castor kommt
Montag Nacht gegen 20 Uhr startete in

Philippsburg programmgemäß — auf geheimgehaltener Strecke, versteht sich — der 120 Tonnen schwere Castorbehälter mit dem hochradioaktiven Material. Nach 14 Stunden wurde er unter Zuhilfenahme von Hubschraubern, Wasserwerfern und 7600 Beamten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes auf dem Bahnhof in Uelzen auf einen Tieflader gehievt und gegen erbitterten Widerstand schrittweise (sieben Stunden lang für eine Handvoll Kilometer) nach Gorleben gebracht. Mit schwerem Gerät und Schlagstockeinsatz bahnte sich die Polizei immer wieder ihren Weg bis vor das Zwischenlager, wo sie die letzten 400 Menschen beiseite knüppelte. Die größte Polizeiaktion dieser Art seit dem 2. Weltkrieg! „Sie ziehen hier ein wie siegreiche Feldherren“, so der Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

55 Millionen für einen Transport

Die verursachten Kosten werden allein für den Regierungsbezirk Lüneburg auf 28 Mio. DM geschätzt, hinzu kommt noch die „Sicherung“ des Transportes in Hessen, Baden-Württemberg und anderen Regierungsbezirken — bei 55 Mio. DM insgesamt liegen die bundesdeutschen Hochrechnungen.

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) betont, daß er diese horrenden Kosten nicht bezahlen werde, die atomrechtliche Verantwortung läge beim Bund. Alles, was mit Sicherheit im betroffenen Bundesland zu tun habe, falle ausschließlich in die Verantwortung der jeweiligen Landesregierung, erklärte dagegen die CDU/CSU. Sie forderte außerdem, die Kosten solcher Einsätze müßten durch neue Rechtsverordnungen auf die Atomkraftgegner als deren Verursacher abgewälzt werden. CDU-Generalsekretär Peter Hintze kündigte eine neue Gesetzesinitiative an: Sitzblockaden seien zukünftig unter Strafe zu stellen und nicht nur — wie kürzlich vom Bundesverfassungsgericht ent-

Der Castor . . .

... ist ein „Cask for storage and transport of radioactive material“, ca. 120 Tonnen schwer, aus Gußeisen mit einem doppelten Deckel und seit 1982 in Gebrauch. Jeder Castor enthält rund 4,8 Tonnen hochradioaktive Brennstäbe. Eine Tonne der Brennstäbe birgt mehr Radioaktivität als in Tschernobyl in die Atmosphäre entwich.

Im Innern soll eine Konstruktion aus Kunststoffstäben verhindern, daß es zu einer ungewollten Kettenreaktion kommt. Diese Stäbe lösen sich unter Gasentwicklung aber mit der Zeit auf. Dicke, rippenförmige Lamellen an der Außenseite sollen die hohe innere Wärme nach außen abgeben. Das bis zu 44 Zentimeter dicke Gußeisen ist zum Absorbieren der Gammastrahlen gedacht, die beim unkontrollierten Zerfall im Inneren entstehen. Die Ableitung der Zerfallswärme von der Castoroberfläche erfolgt außerdem in den Lagerhallen durch die zirkulierende Umgebungsluft. Obwohl niemand weiß, wie sich die Materialien unter diesen extremen Belastungen verhalten werden, ist eine oberirdische Lagerung von 50 Jahren? von 100 Jahren? oder für immer? geplant.

(nach: Frankfurter Rundschau, 25. 4., und Castorgruppe Dannenberg)

schieden — als Ordnungswidrigkeiten zu behandeln. Die Gewerkschaft der Polizei wollte für derartige Großaktionen in Zukunft von der Atomindustrie Gebühren verlangen. Die AKW-Gegner versicherten hingegen, daß sie den nächsten Transport noch teurer machen wollten. Bundesumweltministerin Merkel (CDU) kündigte unverdrossen ab 1996 jährlich 12 bis 15 Castor-Transporte an.

Der Einsatzleiter Knappe klagte darüber, daß er sich als Erfüllungsgehilfe der Politik in einer „beschissenen Situation“ befunden hätte. Einige seiner Beamten hätten am liebsten auf der anderen Seite mit demonstriert. Im deutschen Fernsehen wurde — außer den „Offiziellen“ — kein Befürworter mehr vorgeführt. — (edl)



Auszubildende der Vereinigten Schmiedewerke (VSG) protestieren gegen die Folgen des Konkurses der VSG-Holding. Die Werksrenten hat inzwischen der Pensions-Sicherungsverein übernommen. Die Übernahme der im Sozialplan vereinbarten Ausgleichszahlungen an die 1640 Vorrühständler verweigern Krupp, Thyssen und Klöckner als Eigner der VSG immer noch. Auch die Zukunft der über 100 Auszubildenden ist ungeklärt. — (kw, aus: „Lokalberichte Essen“)

Bayer-Hauptversammlung: Redner vom Mikrofon geholt

Leverkusen. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren teilt mit:

Am 26. April wurde auf der Aktionärsversammlung des Bayer-Konzerns in den Kölner Messehallen der Aktionär Axel Köhler-Schnura um 16.56 Uhr unter massivem Einsatz des Bayer-Werk-schutzes gewaltsam vom Mikrofon entfernt. Axel Köhler-Schnura wollte anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes zur IG-Farben-Vergangenheit des Bayer-Konzerns sprechen.

Im Vorfeld der Hauptversammlung hatte die Coordination gegen Bayer-Gefahren (deren Mitglied Axel Köhler-Schnura ist) schriftlich mehrere Gegenanträge eingereicht. Einer davon befaßte sich mit der Gewinnverteilung. Die Coordination forderte die Kürzung der Dividende auf eine symbolische Mark und statt dessen einen Verwendung des Gewinns u. a. für die Zahlung von Wiedergutmachung an die Opfer der IG-Farben-Verbrechen; für die Aufstellung von Gedenktafeln an allen Orten des IG-Farben-Schreckens; für den Erhalt der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz, in dem ein

IG-Farben-eigenes KZ stand. Die PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter, die an der Hauptversammlung ebenfalls teilnahm, protestierte gegen das Vorgehen: „Sowohl Vorstand und auch die Mehrheit der Aktionäre von Bayer, dem ‚deutschen Meister im Geldverdienen‘, scheinen weder willens noch in der Lage zu sein, Kritik an der Art ihres Geldverdienens auch nur anhören zu wollen.“

Bürgerantrag: Straße des unbekannten Deserteurs

Essen. Die PDS will mit einem Bürgerantrag an den Stadtrat die Umbenennung der Hindenburgstraße in Straße des unbekannten Deserteurs erreichen. „Der Essener Stadtrat könnte damit ein Zeichen setzen, daß dem Widerstand — in welcher Form auch immer — gegen den faschistischen Angriffskrieg ein ehrendes Gedenken gehört. Die Deserteure sind eine der größten Gruppen Verfolgter, denen dieses Gedenken verweigert wird“, heißt es in einem Flugblatt. Dagegen wird mit der Hindenburgstraße an einen Mann erinnert, der Hitler zum Reichskanzler ernannte und Symbol für den deutschen Großmachts- Traum ist. Die Regierungskoalition ver-

PROTEST GEGEN NATIONALISTENTREFFEN**Rechte feiert nicht im Münchner Gasteig**

Mit einem Aufruf „Stoppt die Ewiggestrigen!“ und der Anmeldung einer Kundgebung am 7. Mai gegenüber dem Münchner Kulturzentrum Gasteig reagierte eine antifaschistische Aktionseinheit aus Jusos, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, VVN-BdA, Deutscher Freidenker Verband e.V. und Ökumenischem Büro für Frieden und Gerechtigkeit sowie zahlreichen Einzelpersonen auf eine geplante reaktionäre Veranstaltung am gleichen Tag in der Münchner Philharmonie.

In einem Flugblatt heißt es: „Tatsächlich erleben wir heute, wie eine breite Koalition von Nationalisten und Wehrmachtsverehrern wie der Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger, Holocaust-Relativierern wie Ernst Nolte und prominenten Rechtsextremisten wie der Landesvorsitzende der bayerischen Reps in einem Aufruf ‚Gegen das Vergessen‘, der in der FAZ vom 7.4.95 veröffentlicht wurde, zur Trauerfeier für den verlorengegangenen Weltkrieg in den Münchner Gasteig lädt.“

Der Aufruf beginnt mit den Zeilen: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem sind ... Einseitig wird der 8. Mai von Medien und Politikern als Befreiung charakterisiert. Dabei wird vergessen, daß dieser Tag ... zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror, neuer Unterdrückung im Osten und der Teilung (bedeutet).“ Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, bezeichnete die Aufrufe als „... Ewiggestrige, die am liebsten alles, was zwischen 1933 und 1945 passiert ist, fortsetzen würden – vielleicht in einer gemäßigeren Form, ohne gleich Völkermord zu betreiben“. Die Veranstaltung der neuen und alten Rechten am 7. Mai in

der Philharmonie im Gasteig ist eine Verhöhnung aller Opfer der verbrecherischen Nazi-Diktatur. Wir sind empört, daß die Stadt München für ein solches Treffen Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Die Propagandaveranstaltung der Ewiggestrigen darf nicht ohne Widerspruch vonstatten gehen! Darum fordern wir alle Demokratinnen und Demokraten auf ...“

Die örtliche Protestbewegung und die bundesweiten Reaktionen auf diese Veranstaltung haben nun dazu geführt, daß diese Gedenkfeier von Faschisten und Rechtskonservativen nicht stattfinden wird. Die „Stiftung Demokratie und Marktwirtschaft“ sagte die Veranstaltung ab. Auslöser für die Absage war der Rückzieher von Alfred Dregger, der als Hauptredner für diese makabre Feierstunde unter dem Motto „Beginn neuer Unterdrückung im Osten, des Vertreibungsterrors und der deutschen Teilung“ vorgesehen war. Dreggers Erklärung, er habe nur abgesagt, weil eine nicht abgesprochene Podiumsdiskussion ins Programm aufgenommen wurde, wird von dem Mitorganisator

der Veranstaltung Heimo Schwilk mit den Worten zurückgewiesen, daß alle Details mit Dregger einvernehmlich abgestimmt worden seien. Die Schuld für das Platzen der Veranstaltung wird nun Dregger gegeben, der sich gegen seine Parteiführung nicht durchgesetzt habe. In einer FAZ-Anzeige wird den Kritikern dieser schwarz-braunen Gedenkfeier aber auch direkt Meinungsterror vorgeworfen. Trotz dieses erzwungenen Rückzuges, den der Ehrenvorsitzende der Bonner Unionsfraktion antreten mußte, bleibt er bei der Unterstützung des „Appells gegen das Vergessen“. Auf die Frage, warum die deutsche Schuld am Holocaust in dem Aufruf so wenig Raum einnehme, sagte er: „Herrgott, man kann in einem kurzem Aufruf nicht alles erwähnen!“ — (dil)

**KÖLN****Razzia gegen Roma-Frauen**

Am 13. April führte die Kölner Polizei morgens um sieben Uhr eine Razzia gegen Roma-Frauen durch, verfrachtete 40 von ihnen zwangsweise ins Polizeipräsidium und ließ ihnen Blut abnehmen.

Grund für das Vorgehen der Polizei war nach Aussage des zuständigen Staatsanwalts Utermann, daß in der Woche zuvor ein Säugling ausgesetzt worden sei. Ein Arzt der Kinderklinik, die den stark unterkühlten und kaum noch lebensfähigen Säugling behandelte, habe erklärt, der Säugling weise eine für Roma typische Pigmentierung auf. Die Klinik dementiert diese Behauptung und erklärt, das Kind habe eine „südländische“ Pigmentierung. Für den Staatsanwalt war diese Auskunft und die zweifelhafte Aussage eines Zeugen Anlaß genug für eine rassistisch begründete Aktion. Die Polizei umstellte ein Wohnheim, in dem vorwiegend Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, darunter auch Roma, leben, riegelte dieses Wohnheim ab, sortierte 40 Roma-Frauen im nach ihrer Ansicht gebärfähigen Alter aus – die Altersgruppe ging von zwölf bis 50 Jahre – und zwang die Frauen in einen Bus, der sie ins Polizeipräsidium brachte. Unter den vielen Polizistinnen und Polizisten fanden sich keine jugoslawischen Dolmetscher, die meisten Roma-Frauen wußten nicht, was die Polizei wollte. Viele von ihnen leben in einem ungeklärten oder unsicheren Aufenthaltsstatus in Köln, manche glaubten, sie sollten ohne ihre Kinder und ohne ihre Familie abgeschoben werden. Auf dem Polizeipräsidium wurde allen Frauen eine Blutprobe entnommen, manche wurden in die Universitätsklinik gebracht und dort zwangsweise gynäkologisch untersucht, alle wurden erkennungsdienstlich behandelt.

Gegen dieses Vorgehen hat der Kölner Rom e.V. für jede mitgenommene Frau Strafantrag gestellt, unter anderem wegen Freiheitsberaubung und Volksverhetzung. Einzelne Ärztinnen und Ärzte wiesen öffentlich darauf hin, daß die Begründung wissenschaftlich völlig haltlos sei, niemand könne aufgrund der Hautpigmentierung eines Babys feststellen, welcher besonderen Volksgruppe es angehöre. Die Internationale

Frauen-Liga für Frieden und Freiheit erklärte: Solche „Pigmentierungsuntersuchungen“ seien die Erfindung von „Rassehygienikern“.

Am 22. April demonstrierten mehrere hundert Menschen in Köln auf Initiative von Frauengruppen und dem Kölner Rom e.V. gegen diese unmenschliche und rassistische Aktion. In der Abschlussskundgebung sprachen eine der zwangsuntersuchten Roma-Frauen, eine Vertreterin des Rom e.V., eine antifaschistische Historikerin und eine Vertreterin der Frauenorganisationen. Sie erklärten u.a.:

„Die Fragen, die sich uns sofort aufdrängten, waren: Hätte die Kölner Polizei morgens um 7 Uhr auch den Nobel-Vorort Marienburg umstellt, dort die Frauen aus den Betten und Wohnungen getrieben, in Busse verfrachtet ... Wären reiche, deutsche, weiße Frauen, z.T. minderjährig, einer gynäkologischen Zwangsuntersuchung unterzogen worden? „Nein, hier ist kein Rassismus im Spiel“, sagte die Staatsanwaltschaft. Wir fragen: „Was ist dann Rassismus?“ ... Und: Wären die Roma reich, wie andere statistische Minderheiten in diesem Lande, wären sie dann auch so behandelt worden? Nein: Klassen und Reichtum sind kein Kriterium, sagen unsere Rechtsgelehrten. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Würde aller Menschen ist unantastbar. Die Würde der Roma-Frauen war nicht unantastbar: Wir stellen fest, der erste Artikel des Grundgesetzes gilt faktisch nicht für Frauen generell. Er gilt nicht für Frauen diskriminierter, ethnischer Minderheiten. Er gilt nicht für arme Frauen. Er gilt nicht für Flüchtlingsfrauen.“

Eine andere Rednerin erinnert auch an das bisherige Vorgehen der Polizei gegen Roma in Köln: „Jedes Mal ist die Polizei scharf kritisiert worden, und es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie Methoden anwendet, die die Roma an die Überfälle deutscher Faschisten auf ihre Dörfer im besetzten Jugoslawien erinnern. Es ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß mit diesen pressewirksamen Aktionen das Vorurteil von ‚kriminellen Zigeunern‘ bewußt geschürt wird.“

— (uld)

weigerte erst im März im Bundestag den Wehrmachtsdeserteuren erneut die Rehabilitierung und Entschädigung. Ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wurde „in den Ausschuß“ verwiesen. Eine Straßenumbenennung kann auch dazu beitragen, Druck für die Rehabilitierung zu machen. — (syb)

Nationalkomitee Freies Deutschland: Ehrung für Widerstand

Köln. Am 29. April 1995 wurde im Kölner Stadtteil Sülz eine Gedenktafel der Öffentlichkeit übergeben. Sie ehrt den Widerstand der Kölner Ortsgruppe des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ gegen die barbarische Nazi-Diktatur. Der Kölner Oberbürgermeister Burger erinnerte in seiner Gedenkrede daran, daß der Widerstand der Beginn der Entwicklung zur Demokratie war. Der Vorsitzende der SPD-Ortsgruppe Lindenthal, auf deren jahrelange Arbeit hin die zuständige Bezirksvertretung mit großer Mehrheit dieser Gedenktafel zustimmte, wies darauf hin, daß hier zum ersten Mal auf einer Gedenktafel die Wörter „Kommunisten“ und „Sozialdemokraten“ erwähnt werden. Ein Mitglied der damaligen Widerstandsgruppe

pe, Heinz Humbach, begrüßte die Überlebenden aus der Gruppe und berichtete, daß bei der Befreiung aus dem Gefängnis die Angehörigen der verschiedenen Nationen in das Lied „Die Internationale“, was die deutschen Häftlinge anstelle einer Nationalhymne angestimmt hatten, miteinfließen. Ihnen ging es darum, gemeinsam des Menschen Recht zu erkämpfen.

Der Text der Gedenktafel lautet: „Vom Haus Sülzgürtel Nr. 8 aus organisierte im Herbst 1944 die Kölner Gruppe des ‚Nationalkomitee Freies Deutschland‘ den Widerstand gegen das Nazi-regime. Sie wollte dazu beitragen, den Krieg zu beenden und einen demokratischen Wiederaufbau in Deutschland zu ermöglichen. Zu dieser größten und breitesten Widerstandsgruppe während des Krieges gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose NS-Gegner.“

Am 24. November 1944 verhaftete die Gestapo in diesem Haus die Leitung des Komitees und nahm später insgesamt 59 Mitglieder fest. Engelbert Brinker, Johannes Kerp, Max Neugebauer, Otto Richter, Kurt Stahl und Wilhelm Tollmann wurden von der Gestapo zu Tode gefoltert.“ — (gba)

Besucher der KZ-Gedenkfeier stundenlang festgesetzt

Ravensbrück. Die VVN-Bund der Antifaschisten NRW hat in einem Telegramm an Innenminister Herbert Schnoor (SPD) die Mitwirkung von Verfassungsschutzbehörden und Polizei aus NRW an der Festnahme von Gedenkstättenbesuchern aus Wuppertal verurteilt. Sie waren mit einem Bus unterwegs zur Gedenkveranstaltung in Ravensbrück, wo sie auf Einladung des Ravensbrückkomitees, der ehemaligen KZ-Häftlinge also, die Kränze der Opfer des Faschismus bei der Veranstaltung der Befreiung des Lagers niederlegen sollten.

Die Polizei aus NRW und Brandenburg observierte jedoch die Businsassen, nahm sie fest und hinderte sie so im Landkreis Fürstentum an der Weiterfahrt nach Ravensbrück. Die Behauptung der Polizei: „Der Veranstalter hat kein Interesse an der Teilnahme der Gruppe“ entsprach nicht dem Wunsch des Häftlingskomitees von der Lagergemeinschaft Ravensbrück und ihrer Präsidentin Gertrud Müller (VVN-BdA). Sie entsprach aber der Praxis der Zensur und Bevormundung, die schon seit langem die Regierenden gegenüber den

Opferverbänden an den Tag legen. Um eine Kontaktaufnahme der Gruppe zur Lagergemeinschaft unmöglich zu machen, wurden auch zwei die Gruppe begleitende Journalistinnen am Betreten der Gedenkstätte gehindert. Die Journalistinnen wurden von der Polizei bis vor die Tore der Stadt eskortiert.

Der unrühmliche Staatsschutz aus Wuppertal, eine Gruppe der politischen Polizei im Bergischen Land, die bereits hinlänglich mit ihrem V-Mann-Einsatz zur Verdunkelung der Hintergründe der rassistischen Solinger Morde an Türkinnen bekannt wurde, hat somit wieder einmal mitgewirkt, die antifaschistischen Kräfte ihrer Bürgerrechte zu berauben. Daß dies geschah, während Regierungspolitiker in Ravensbrück und Sachsenhausen das hohe Lied der Zivilcourage sangen, ist besonders makaber.

Von den Landtagsfraktionen fordert die VVN-BdA NRW, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die profaschistische V-Mann-Politik des Wuppertaler Staatsschutzes wie auch die Vorgänge bei der Verhinderung von demokratischen Demonstrationen, z.B. beim Gipfel in Essen, untersucht. — (für die VVN-BdA NRW, Ulrich Sander)

Erschrecken

Zukunftssichere Arbeitsplätze massenhaft und eine neue Gesellschaft verspricht Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Dieter Spöri: „Durch glasfasergestützte Datenautobahnen wird nicht nur die Chance für mehr Beschäftigung eröffnet, sondern wird sich unser Leben und Arbeiten in der Informationsgesellschaft fundamental ändern.“ Spöri verspricht, daß Baden-Württemberg bei dieser Umwälzung unserer Gesellschaft die Nase vorn haben wird. Im Herbst dieses Jahres beginnt im Großraum Stuttgart das europaweit größte Multimedia-Pilotprojekt Europas. In 4000 Haushalten und kleinen Betrieben soll getestet werden, ob die Verbraucher bereit sind, sich an interaktiver Kommunikation zu beteiligen und was sie bereit sind, dafür zu bezahlen. Beim 13. Stuttgarter Zukunftsforum Gewerkschaften am 11. April stellte Welf Schröter, Leiter des Forums Soziale Technikgestaltung beim DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg und Mitglied der Enquete-Kommission des Landtags die Frage: „Multimedia-Datenautobahn – Kommerzielles Feuerwerk oder Ausweg aus der Strukturkrise?“ In der Diskussion warfen Gewerkschaftsmitglieder die Frage auf, wie soziale Standards und demokratische Rechte in dieser neuen Entwicklung gesichert werden können.

Das „Pilotprojekt Multimedia Baden-Württemberg“

Bei dem „europaweit einmaligen Großversuch“ sollen im Großraum Stuttgart 4000 Haushalte und Kleinbetriebe, die über Kabelanschluß verfügen, durch ein Zusatzgerät („Top-Set-Box“) mit herkömmlichen Fernsehgeräten nicht nur Daten empfangen, sondern auch Rückmeldungen (Bestellungen) machen können. Das nennt sich interaktive Kommunikation. Ein Glasfaser- und Breitbandnetz, das die schnelle Übertragung großer Datenmengen ermöglicht, soll Zug um Zug ausgebaut werden. Das Konzept Spöris und der beteiligten Konzerne sieht folgende Angebote vor:

- Video-on-demand: Spiel-, Dokumentar- und Sachfilme oder Sendungen aus Kultur und Politik können aus einem gespeicherten Repertoire gewählt werden.
- Telelearning, Teleteaching: Lernprogramme, Kurse und Sachfilme.
- Informationsdienste von Zeitschriften-, Buch- und Zeitungsverlagen, Veranstaltungsangebote usw.
- Teleshopping: „Unabhängig von Ladenöffnungszeiten können Waren von Versandhäusern und Leistungen anderer Anbieter bis hin zu Reiseveranstaltern ausgewählt und bestellt werden.“
- Telespiele: „Selbstverständlich geht es darum, die positiven Angebote zu ermitteln und zu nutzen.“ – Anwendung im betrieblichen Bereich: „Da sich unser Wirtschaftsleben durch die Möglichkeit interaktiver Kommunikation genau so revolutionär verändert, kommt es darauf an, bereits jetzt die Anwendungen im betrieblichen Bereich zu testen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unsere Zukunft verstärkt durch sogenannte 'virtuelle Firmen' bestimmt wird, deren Beschäftigte nicht mehr an einem Ort zusammenarbeiten. Für die baden-württembergische Wirtschaft mit ihrer besonders ausgeprägten Auslandsverflechtung ist es entscheidend,

daß unsere Firmen frühzeitig die darin liegenden Konkurrenzvorteile erkennen.“

Die Interaktion zwischen den Beteiligten ist also recht eingeschränkt: Die anbietenden Firmen bestimmen, was ins Netz gespeist wird; die Aktionsmöglichkeit der Abnehmer besteht in auswählen, bestellen und zahlen über das Netz. Bei den betrieblichen Anwendungen wird der Zugang durch die betriebliche Hierarchie und die Aktionsmöglichkeit vom Arbeitsprogramm bestimmt.

100 Millionen Mark soll der Großversuch kosten. Das Ziel ist festzustellen, welche Angebote angenommen werden und was die Abnehmer bereit sind, dafür zu zahlen. Denn die Teilnahme ist nur anfangs kostenfrei, nach und nach

ken, im Maschinenbau. Zu erwarten sei ein Zuwachs an Arbeitsplätzen bis etwa zum Jahr 2000 für Baden-Württemberg etwa 300 000 bis 400 000 und etwa 5 Millionen für die BRD. Das werde in etwa die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit kompensieren, deren Verdoppelung bis 2000 zu erwarten sei.

Die Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozeß beschrieb Schröter so: Sie haben drei Optionen. Entweder: Wir sind dagegen. Oder: Wir sind dagegen und mischen uns ein. Oder: Blinde Zustimmung. Darüber müsse diskutiert werden. Er tritt für ein aktives Eingreifen der Gewerkschaften in die Datenautobahn-Debatte ein und verlangt: — gewerkschaftliche Kompetenz im Bereich Innovation und Technikgestaltung;

Multimedia

Gewerkschaftliche Positionen zu einem Pilotprojekt von Wirtschaftsminister Spöri

werden Gebühren für die einzelnen Leistungen eingeführt. Finanziert wird der Versuch zum großen Teil aus Steuergeldern. Das Wirtschaftsministerium steigt für den Anfang mit 10 Millionen Mark ein. Einen Teil holt Spöri aus europäischen Wirtschaftsförderungstöpfen. Den Rest erbringen die Firmen, die sich am Versuch beteiligen. Allerdings erklären die Medienkonzerne schon jetzt, die Gebühren für die kommerzielle Nutzung von Kabeln und Verteilern seien zu hoch.

DGB sieht Chancen bei der Gestaltung von Multimedia

Welf Schröter hob als einmalige Chance hervor, daß in Baden-Württemberg die Gewerkschaften in den Gremien mitarbeiten, die das Pilotprojekt durchführen. Demokratie und Mitbestimmung, Arbeit und ökologische Momente seien die Themen, die der DGB dort einbringt.

Schröter benannte als aktuelles Problem, daß die Verschlankung der Unternehmen das marktwirtschaftliche Netz zwischen den Firmen gestört habe. Die Datenautobahn werde zur neuen Platt-

- ganzheitliches Denken;
- ökologische Interpretation und Bilanz;
- gewerkschaftliche Kriterien dafür, was Arbeit in Zukunft sein soll;
- sensibleres Bewußtsein für Demokratie und Entdemokratisierungsprozesse.

Schröter formulierte als zentrale Forderung an die Gestaltung der Datenautobahn: Bisher gebe es einen sozialen Warenkorb, der als Grundlage menschenswürdigen Lebens jedem zustehe. Heute müsse es auch einen elektronischen Warenkorb geben, eine Grundversorgung an Information für jede und jeden, und zwar so schnell wie möglich.

Wirtschaftliche und politische Probleme der Informationsgesellschaft

Die Diskussion zeigte tiefe Skepsis gegen die Hoffnungen auf positive Wirkungen der Datenautobahn.

Kollegen aus der EDV-Branche fragten: Warum sollte z.B. IBM Arbeitsplätze nur in die strukturschwachen Regionen verlagern und nicht z.B. nach Indien? Durch die neuen Technologien wird ein globaler Arbeitsmarkt entstehen mit verschärfter Konkurrenz um die Beschäftigung. Eine Kollegin, die sich in den siebziger Jahren in einem DGB-Arbeitskreis mit der neuen EDV-Heimarbeit beschäftigt hatte, fragte: Wie lassen sich bei Telearbeitsplätzen soziale Standards halten? Mit der Vereinzelung steigt die soziale Abhängigkeit der Beschäftigten. Wie sollen da gewerkschaftlicher Schutz und Betriebsratsarbeit organisiert werden? Wie soll Tarifverträgen Geltung verschafft werden? Ein Kollege von IBM erzählte, daß er für die Gewerkschaftsarbeit den Kontakt zu den Kollegen braucht. Das Netz wird aber von der Firma kontrolliert; wenn er mit Kollegen am Bildschirm Kontakt hält, hat er ständig Angst vor Konsequenzen für seinen Arbeitsplatz. Wird durch den Wegfall des Arbeitswegs nicht die Verlängerung der Arbeitszeit provoziert? Die Firmen sparen die Fahrtkosten. Wie wird sichergestellt, daß nicht die Investition für Geräte und Einrichtung des Arbeitsplatzes den Beschäftigten aufgezwungen wird?

Welche gesellschaftlichen Folgen hat die Vernetzung? Durch Information, Erholung, Unterhaltung und Spiele am Bildschirm würden total individualisierte, sozialunfähige Menschen ge-

schaffen. Mehrere Teilnehmer waren der Meinung, daß die Schule ein Bereich sei, wo Vernetzung nichts zu suchen habe. Soziales Lernen und Förderung der Persönlichkeitsentwicklung erforderten die Lehrerin oder den Lehrer. Es wurde eine Entwicklung befürchtet wie in den USA, wo für viele arme/schwarze Kinder das Lernprogramm auf der Flimmerkiste reichen muß. Andererseits hängt der private Kauf von Lern- und Trainingsprogrammen vom Geldbeutel ab. Medienerziehung wurde gefordert. Schließlich wurden die Inhalte der neuen Informationssysteme diskutiert. Wie kann sichergestellt werden, daß wahr ist, was über das Netz verbreitet wird? Soll es Verbote geben, die rassistische, frauenfeindliche, gewaltverherrlichende Programme und Spiele ausschließen? Wie können Urheberrechte, also die Rechte von Künstlern, Autoren, gesichert werden?

Wie soll der Datenschutz funktionieren? Durch Auswertung der Aktionen der Teilnehmer kann festgestellt werden, wer wann was arbeitet; wer mit wem kommuniziert und über was; wer sich zu welcher Zeit mit was unterhalten läßt, was er liest, was er einkauft usw.

Frustration

Zu den Vorstellungen, die Welf Schröter für den DGB formulierte, wurden in der Diskussion weitere Gedanken erarbeitet:

- Die Datenautobahn enthält tatsächlich demokratische Elemente, sofern sie die technisch mögliche Dezentralisierung nützt. Dazu genügt es nicht, daß alle freien Zugang zur Datenautobahn als Käufer oder Verbraucher von Informationen (in der Rolle des Empfängers) haben. Vielmehr muß sich auch jeder Mensch darin frei äußern können (sozusagen Sender sein). Das bedeutet, daß freie und unkontrollierte Kommunikation zwischen einzelnen Menschen und Gruppen umsonst oder zu einem sehr niedrigen Preis sichergestellt werden muß. Die Netzbetreiber dürfen den Zugang zu den Netzen nicht reglementieren oder kontrollieren. Sofern sie nicht im Gemeineigentum sind, muß eine öffentliche/gesellschaftliche Kontrolle der Netze sichergestellt werden. Ein Vorschlag war, daß im Kommunikationsnetz für solche nicht-kommerzielle Anwendungen ein Freiraum geschaffen werden und subventioniert werden muß (vergleichbar mit freien Radios).
- Es müssen ethische und demokratische Regeln für die neuen Kommunikationssysteme entwickelt werden: für den Datenschutz und für die Inhalte (z.B. Mindestanforderungen wie ein Pressekodex).

Ohne solche Rechte und Regeln wird die neue „Informationsgesellschaft“ zur Beherrschung aller Lebensbereiche und Lebensäußerungen durch die großen Konzerne führen — mit allen Folgen der Entdemokratisierung. — (ulk)

(1) Alle Zitate aus: Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, 19. 8. 1994

Entsetzen

21. April: Nazi-Überfall auf 14jährigen Jugendlichen

Berlin. An einer antirassistischen Demonstration in Marzahn am 21. 4. hatten rund 800 Leute teilgenommen. Bei einem Jugendzentrum, in dem rechte Gruppen aktiv sind, war es bereits zu Provokationen von Rechten gegen die Demonstration gekommen. Die Polizei ging dabei mit Hundestaffeln gegen die Antifaschisten vor. Zu einem lebensgefährlichen Angriff nach der Demonstration erhielten wir folgenden Bericht. — (ard)

Nur wenige Stunden nach der Marzahn-Demo gegen Rassisten und Faschisten ist der 14jährige Alexander P. von Nazis auf offener Straße überfallen und lebensgefährlich verletzt worden. Am 21. 4. gegen 21.45 Uhr brachte Alexander von seiner Wohnung in der Ludwig-Renn-Str. drei gleichaltrige Jugendliche, die wie er an der Aktion teilgenommen hatten, zur Heimfahrt bis zur Bushaltestelle in der Mehrwower Allee. In der Dämmerung erkannten sie zwei ältere Jugendliche mit Bomberjacken, die auf die Gruppe zukamen und sich absprachen. Alexander warnte noch: „Nicht provozieren lassen.“ Da waren sie schon da und rempelten zielgerichtet ihn an. Seine drei Begleiter, zwei Jungen und ein Mädchen, wurden durch die kahlrasierten 1,90m-Leute, ca. Anfang bis Mitte 20 Jahre alt, in die Flucht geschlagen. Einer der 14jährigen trug dabei eine Augenbrauenverletzung davon. Er sah schließlich von der gegenüberliegenden Straßenseite aus, wie Alexander gekrümmt am Boden lag und die Rechten mit weißen Turnschuhen auf seinen Kopf eintraten. Nach zwei Minuten waren die Nazis von der sonst menschenleeren Straße verschwunden.

Mit Ohnmachtssymptomen und aus dem Mund blutend wurde Alexander zunächst von seinen Freunden wieder in die Wohnung gebracht. Seine Eltern waren zu diesem Zeitpunkt nicht in Berlin. So organisierten die Jugendlichen über die eigenen Eltern ärztliche Hilfe. Eine inzwischen aus Hellersdorf eingetroffene Ärztin veranlaßte die Notaufnahme in das Lichtenberger Königin Elisabeth-Krankenhaus. Dort bestätigte sich der Verdacht eines Schädel-Hirn-Traumas mit längerer Bewußtseinsstörung. 17 Stunden lebte Alexander in Lebensgefahr. In den Phasen, in denen er ansprechbar war, konnte er sich nicht erinnern, wer er ist und wo er wohnt. Vermutlich kam erst dann die Hirnblutung zum Stillstand. Die späteren Folgen der Verletzung sind allerdings unabsehbar. Bisher fehlt Alexander jegliche Erinnerung an den Überfall.

Anzeige bei der Polizei wurde erst verspätet erstattet, nachdem eine Rücksprache mit den auswärtswillenden Eltern möglich war.

Alexanders Freunde beschreiben die Täter so: beide kahlrasiert, einer davon mit Basecap. Beide trugen Jeans, Bomberjacken, Adidas-Turnschuhe mit blauen oder grünen Streifen. Die Farbe der einen Bomberjacke ist blau. Unter den bekannten Nazi-Adressen in Marzahn befinden sich auch welche in unmittelbarer Umgebung von Alexander P.

— (HF, Hellersdorf, aus: „Berliner Berichte“)

Projekt PDS in Sachsen

Landesparteitag stritt um weitere Politik

Die sächsische PDS, größter Landesverband dieser Partei, konnte auch auf ihrem letzten Landesparteitag am 22. und 23. April nicht vom innerparteilichen Streit ablassen. Legte schon der Landesvorstand eine Unmenge an Papier mit Anträgen und Beschlussskizzen vor, folgte danach eine noch größere Menge an Gegenanträgen. Selbst die Tagesordnung wurde geändert und weitere Hauptreferate und Gegenreferate durchgesetzt.

Bereits im Vorfeld des Parteitages schrieb eine Leipziger Basisorganisation an die Delegierten: „Mitglieder der PDS und Wähler der PDS/Offene Liste erwarten vom Landesparteitag Beschlüsse, wie auch in Sachsen die vom 4. Parteitag der PDS gegebene Grundorientierung verwirklicht wird, die Partei von der Selbstbehauptung zu einer größeren Ausstrahlungskraft zu führen.“

An der Parteibasis gelingt das zunehmend besser, und die Wähler der PDS/Offenen Liste verfolgen sehr aufmerk-

chen wird sichtbar, daß einige Verfasser über den Wolken schweben und den realen Blick für brennende aktuelle Fragen verloren haben.“

So war es denn wenig verwunderlich, wenn am Ende des Parteitages nur wenige der Beschlussvorlagen, so die Erklärung zur Solidarität mit Hans Modrow, und selbst diese nach harter Diskussion um einzelne Sätze, bestätigt wurden. Die Masse der vorgelegten Papiere wurde zur Diskussion an die Basis verwiesen, Teile der Tagesordnung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Offen bleibt die Frage, ob die Basis für den Vorstand oder der Vorstand für die Basis da ist. — (sta)

Parteitagsnachlese

Dumme Basis, intellektuelle Spitze, Vordenker und Nachmacher, Denunziation von Personen, persönliche Denunziation? Wortpaare, Sprachspiele oder Ausdruck politischen Stils in einer Par-

Und da hatte der Landesvorsitzende fast beschwörend in der 0-Ausgabe der dann abgelehnten Opp! betont, daß jene Tagung frei von personellen Entscheidungen sich ganz auf inhaltliche, ja strategische Diskussionen konzentrieren könne.

Aber Strategiepapiere, Projektvorschläge wie z.B. das über die „Offene Partei“ im Antrag einer Gruppe des Landesvorstandes oder des „Gegenantrages“ der Leipziger, Meißen- und Chemnitzer Genossen sind nun mal von Personen mit Engagement gemacht. Von denen jede überzeugt ist, daß er oder sie jetzt einen Stand der politischen Einsicht in Zusammenhänge der inner- und außerparlamentarischen Arbeit gewonnen hat, die anderen noch oder nicht mehr (ist das Programm der Partei immer dabei?) haben.

Und so sind alle Meinungsäußerungen auf dem Parteitag, ob vom Einzelnen oder der Mehrheit positiv bewertet, wohl doch als fruchtbarer Teil der Diskussion zur Profilierung dieser neuen

sozialistischen Partei in Deutschland zu sehen.

Dieser Partei, die in der Lage sein kann, für viele Menschen, die eine Alternative zu den neokonservativen Bestrebungen von Bayern bis Sachsen, vom Saarland bis an die Waterkant suchen, einen ganz neuen Politikstil und -inhalt entgegenzusetzen.

Natürlich müssen die Mitglieder dieser Partei Zeit haben, darüber zu diskutieren,

ob sie jetzt diese offene Partei wollen und wenn ja, wie das denn praktisch aussehen soll.

Da erscheint es als völlig verfehlt, wenn Mitglieder des Parteivorstandes jene Delegierten, die eben dieses Diskussionsrecht für die Basis einfordern, verbal diffamieren. Auch zeugt es wohl nicht von politischer Kultur selbsternannter „Vordenker“, wenn sie sich wie die Feldherren und ihre Adjutanten versuchen in der Diskussion die Bälle zuzuspielen und dann, nach getaner Rede, rauschend den Saal verlassen. Solches wurde von den Delegierten mit Mißmut registriert. Aber Ende gut, alles gut — man kann optimistisch sein, in dieser sächsischen Landespartei wird kein neuer, auch kein Vordenker-Zentralismus zugelassen. Die Genossinnen und Genossen in den Dörfern und Städten von Zittau bis Leipzig haben solche Vertreter gewählt, die aus der Vergangenheit auf jeden Fall gelernt haben, daß kluge Visionen von den Mitgliedern und ihren Parlamentariern verwirklicht werden müssen und daß deshalb dort auch die Diskussion über das Was, Wie und Warum geführt werden muß. Und genauso wird es nun in der sächsischen PDS gemacht.

— (Charlotte, aus: „Linksblick“ 9/95)



**LEBEN
IN MENSCHENWÜRDIGKEIT
PDS IN SACHSEN**

sam, welche Anstrengungen dabei unternommen werden, um die Wahlprogramme der PDS zu realisieren. Deshalb halten wir es für unerlässlich, daß der Landesparteitag Zwischenbilanz zieht, wie es gelungen ist, das Wahlprogramm der PDS Sachsen „Ein Leben in Menschenwürde“ mit Leben zu erfüllen.

Wir vermisten in Vorbereitung des Landesparteitages Diskussionen und Einschätzungen vom Landesvorstand zu Ergebnissen des Volksbegehrens zur Ergänzung der Sächsischen Landesverfassung, zu Erfahrungen der Basisarbeit, bei der Kooperation linker Gruppierungen, Vorschläge, wie vom Landesverband Sachsen die Beziehungen zu Landesverbänden in den alten Bundesländern vertieft werden oder wie die PDS das Vertrauen zu ihren Wählern ausbaut.

Mit Sorge müssen wir erkennen, daß vom Landesvorstand Sachsen für den PDS-Landesparteitag Schwerpunkte im Diskussionsmaterial gesetzt sind, die zum Teil beschlußunreif, in sich widersprüchlich und zu wenig basisorientiert sind.

Aus uns bekannten Veröffentlichungen und Anträgen an den Landesparteitag wie „Das Projekt PDS“ oder „Ein Leben in Menschenwürde“ — Die neokonservative Hegemonie in Sachsen bre-

itagsdiskussion?

Das sind Fragen, die sich Leser verschiedener Publikationsorgane stellen wenn sie denn bestrebt sind, etwas über Geist und Inhalt der Diskussionen auf der 3. Tagung des Sächsischen Landesparteitages vom 22./23. April zu erfahren.

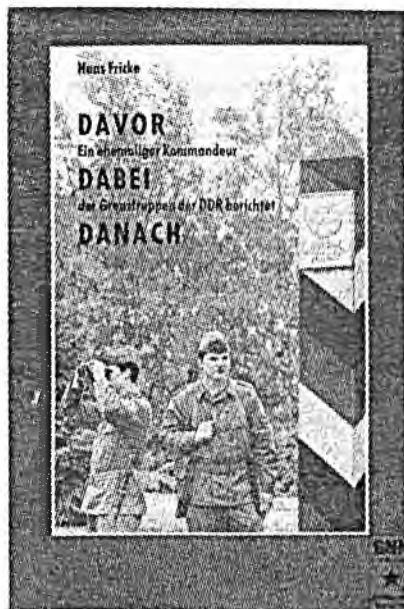
In Freiberg, im Festsaal des alten Rathauses der noch älteren Silberbergbaustadt, hatten sich die Delegierten und interessierten Gäste bei strahlendem Frühlingswetter eingefunden.

Auf dem Markt lockte die „IG Unterwegs“ ganztägig mit spritzigem, wohltonendem Programm. Stände mit viel Gedrucktem, Geschnitztem, Getöpferem, Gebackenem, sauer Eingelegetem und Gebratenem gehörten ebenso zur Parteitagsatmosphäre wie am Abend die populären vier Sänger- und Schauspielerinnen nebst saxophonspielendem Mann, wie die mütterlichen und väterlichen Freiburger Organisatoren, wie die vielen streitbaren guten Gespräche am Rande des Parteitages...

Parteitagsatmosphäre — Freundlichkeit und Wärme, nicht nur wegen des Frühlings, in dieser Partei.

Aber es gab auch Kälte im Saal, Rüdigkeit, weil es eben manchem mehr um die Person oder um Personen ging als um das Gemeinsame.

Bücher zum Thema

DDR-Biografien im
GNN-Buchversand

Hans Fricke, Davor, Dabei, Danach, Ein ehemaliger Grenzkommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet.
ISBN 3-926992-18-4, 240 Seiten, 19,80 DM.



Josef Schwarz, Bis zum bitteren Ende, 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit.
ISBN 3-929994-23-2, 190 Seiten, 18,00 DM.

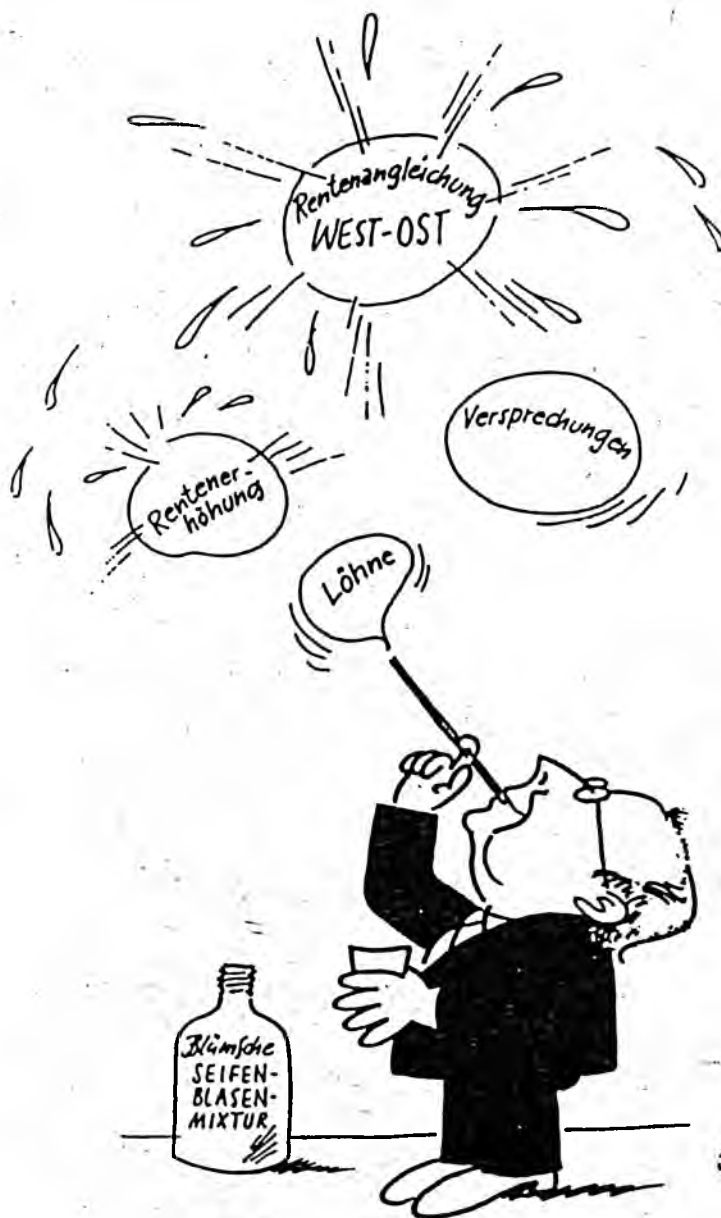


Rudolf Nitsche, Diplomat im besonderen Einsatz, Eine DDR-Biografie.
ISBN 3929994-22-4, 176 Seiten, 18,00 DM.

Alle Bücher sind zu beziehen über: GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz.

Rentenstrafrecht und kein Ende

Hans Fricke zu „Reformplänen“ aus der CDU/CSU



um eine Fortsetzung des diskriminierenden Rentenstrafrechts in modifizierter Form!

Politisch motivierte Rentenkürzungen aber — egal, ob es sich um bisher praktizierte oder um künftig beizubehaltende handelt — haben in einem Rechtsstaat keinen Platz! Sie sind in der Geschichte der Bundesrepublik ohne historisches Vorbild!

Wenn nach den Vorschlägen der Ost-CDU-Abgeordneten der schwammige Begriff „Systemnähe“ künftig „nur noch“ für 20000 Betroffene gelten soll, dann ändert das nichts an der skandalösen Tatsache, daß man nach wie vor die politische Gesinnung ehemaliger DDR-Bürger durch willkürliche Kürzung ihrer Rente, und zwar fein dosiert in monatlichen Raten bis an das Ende ihrer Tage, pauschal bestrafen will.

Es geht nicht um die Anzahl der davon Betroffenen, sondern darum, daß eine politisch motivierte kollektive Massenbestrafung in einem demokratisch verfaßten Rechtsstaat überhaupt möglich ist. Wenn nur ein einziger ehemaliger DDR-Bürger Opfer dieser Art „Strafe“ wäre, dann müßte jeder, der sich dem Recht verpflichtet fühlt, solange dagegen kämpfen, bis sie aufgehoben ist.

Warum, so müssen sich die CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Länder und Berlins fragen lassen, bekennen sie sich nicht vorbehaltlos zu dem Grundsatz, der auch in jedem anderen zivilisierten Land gilt: dem Grundsatz der strikten Trennung von Strafrecht und Sozialrecht?

Warum, so ist weiter zu fragen, zahlte und zahlt der Rechtsstaat Bundesrepublik jedem Mörder, jedem anderen rechtskräftig verurteilten kriminellen Verbrecher sowie jedem überführten bzw. verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher anstandslos seine Rentenanwartschaften aus, verweigert aber aus politischen Gründen das gleiche Recht Tausenden ehemaligen DDR-Bürgern?

Warum vermischt die Bundesregierung gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern Strafrecht und Sozialrecht und durchbricht damit das ansonsten so geheiligte Prinzip der Gewaltenteilung?

Ist, so drängt sich einem schließlich noch die Frage auf, seit dem Anschluß der DDR an die BRD das Richten und Strafen nicht mehr ausschließlich Sache der Justiz, sondern nunmehr auch von Parteien und der Bundesregierung?

Angesichts der jüngsten Vorstellungen der Ost-CDU-Bundestagsabgeordneten kommt es darauf an, den solidarischen Kampf aller Demokraten um die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts zu verstärken, die Politiker auf Bundes- und Länderebene an ihre vielen Versprechen während des Wahlkampfes zu erinnern und die Einhaltung des Einigungsvertrages zu fordern.

Völlig zu Recht erklärte Gregor Gysi vor dem Deutschen Bundestag: „Das ist doch ein Skandal! Sie vereinbaren mit der DDR einen Vertrag; Sie gehen dabei bestimmte Verpflichtungen zugunsten von Rentnerinnen und Rentnern aus der DDR ein, machen hinterher ein anderes Gesetz, ändern nicht einmal den Einigungsvertrag und sagen: Na und, das ist jetzt eben das speziellere Recht; damit gilt dieses speziellere Recht und nicht mehr der Einigungsvertrag. Das nenne ich einen Betrug!“

Hans Fricke ist Autor des Buches „Davor — Dabei — Danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet“.

Nach den jüngsten Vorstellungen der CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Länder und Berlins zur Änderung des Rentenüberleitungsgesetzes sollen die bisherigen Begrenzungen des Einkommens bei der Rentenberechnung für Angehörige der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR entfallen, sofern sie nicht in einer herausgehobenen Stellung oder als Mitarbeiter der Staatssicherheit tätig waren.

So begrüßenswert es wäre, wenn dank massiver öffentlicher Proteste ein Teil der bisher vom Rentenstrafrecht Betroffenen endlich die ihnen bis zur Beitragsbemessungsgrenze rechtlich zustehende Rente erhalten würden, so wenig Grund gibt es, im solidarischen Kampf um die restlose Beseitigung des skandalösen Rentenstrafrechts nachzulassen.

Nach den Vorstellungen der Ost-CDU-Bundestagsabgeordneten soll nämlich die kollektive „Bestrafung“ all jener ehemaligen DDR-Bürger beibehalten werden, die eine politische, gesellschaftlich oder einkommensmäßig herausgehobene Verantwortung für die Stärkung und Aufrechterhaltung des politischen Systems der DDR hatten. Als solche hat man im Auge: Personen ab Abteilungsleiter in einem Ministerium aufwärts bzw. Personen mit einem diesen Funktionen entsprechenden hohen Einkommen. Davon werden ehemalige Angehörige der NVA, der DVP und der anderen Organe des Ministeriums

des Innern sowie der Zollverwaltung der DDR, in der Regel vom Dienstgrad Oberst/Zollinspekteur aufwärts, betroffen. Für ehemalige Angehörige des MfS/AfNS soll das ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens gelten.

Je nach Qualifikation sollen den von den Kürzungen Betroffenen die jeweils niedrigsten Werte glaubhaft gemachter Rentenansprüche angerechnet werden.

Wer von den Kürzungen betroffen ist, soll die Möglichkeit haben, einen Antrag bei der Rehabilitierungsbehörde des jeweiligen Landes zu stellen, um als sogenannter Härtefall davon befreit zu werden. Diese erniedrigende sowie verwaltungstechnisch monströse Einzelfallprüfung soll allerdings nur möglich sein, wenn überwiegend eine wissenschaftliche, technische oder medizinische Tätigkeit, jedoch nicht in einem Ministerium oder in einer entsprechenden obersten Dienststelle, ausgeübt wurde.

Alle neuen Bestimmungen sollen erst mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung, d.h. nicht rückwirkend, gelten. Nachzahlungen würde es also nicht geben. Das käme einer Geldstrafe gleich, deren Höhe jeder Betroffene nachzurechnen vermag.

Abgesehen davon, daß die von den Ost-CDU-Abgeordneten vorgenommene Differenzierung von „Systemnähe“ offensichtlich darauf abzielt, die vom Rentenstrafrecht Betroffenen zu spalten und zu entsolidarisieren, geht es ihnen nicht um eine Beseitigung, sondern

III. Parteitag der Kommunistischen Partei der russischen Föderation

Gedanken zum Parteitag
Von Ernst Laboor

In den zwei Jahren ihrer Existenz hat die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt. Nach dem Jelzin-Verbot der KPdSU wurde der II. Parteitag der KPRF (als erster gilt der Gründungsparteitag der KP der RSFSR im Juni 1990) im Februar 1993 durchgeführt. Dieser Parteitag verabschiedete eine Programmatik- Erklärung, und nun hat der III. Parteitag, der am 21./22. Januar 1995 in Moskau stattfand, die programmatische Grundlage für die weitere Tätigkeit gelegt.

Zur Zeit des Parteitages verfügten die mehr als eine halbe Million Parteimitglieder über 88 Territorialorganisationen. Die KPRF ist damit die zahlenmäßig größte und bestorganisierte Partei Rußlands.

„Vorwärts zum Sozialismus“

Den ersten Teil des Programmes „Die Welt an der Schwelle des dritten Jahrtausends“ widmet die Partei einer ausführlichen Einschätzung der Entwicklungstendenzen der modernen, post-industriellen Produktivkräfte und der in Widerspruch dazu stehenden Produktionsverhältnisse der kapitalistischen „Konsumgesellschaft“, die die Welt mit ihrem schrankenlosen Wachstum zur Erzielung von Maximalprofit in die ökologische Katastrophe führt. Sie leitet daraus die Notwendigkeit einer prinzipiell anderen, modernen, eben einer optimalen sozialistischen Produktionsweise ab, in der Volksherrschaft, demokratische Selbstverwaltung des Volkes, Herrschaft gesellschaftlicher Formen des Eigentums und ökologische Sicherheit in gegenseitiger Übereinstimmung stehen. Für Rußland hält die KPRF diese Wahl für angemessen, bei deren Verwirklichung „der Sozialismus als Lehre, Massenbewegung und gesellschaftliches System seinen zweiten Atem erhält“.

Es entsteht der Eindruck, als wären die russischen Kommunisten bereits im Besitz eines ausgearbeiteten Sozialismus-Konzeptes. Zugleich aber traten auf dem Parteitag zwei Konzeptionen auf. Die eine formulierte der Parteivorsitzende Gennadij Sjuganow in der Losung „Vorwärts zum Sozialismus!“, der das ganze Programm und vor allem seine Teile über den erneuerten Sozialismus entsprechen. Die andere drückte der stellvertretende Parteivorsitzende Valentin Kupzow in der Meinung aus: „Man muß zum Sozialismus zurückkehren“. Die Programmformulierung über die Untrennbarkeit von Wiedergeburt des Vaterlandes und „Rückkehr auf den Weg des Sozialismus“ könnte in dieser Richtung gedeutet werden. Ein Zugeständnis an sich ausbreitende nostalgische Stimmungen, in denen angesichts der allgemeinen bitteren Not des Volkes selbst die Stagnationsperiode als „Wohlstandsgesellschaft“ verklärt wird?

„Die Lehren der russischen Geschichte“

Im folgenden Teil des Programms „Die Lehren der russischen Geschichte und der Ausweg aus der Krise“ werden der Beitrag des sowjetischen Rußland zur Weltgeschichte und die historischen Leistungen der Werktätigen der So-



Moskau, 1. Mai 1995

wjetunion in der Oktoberrevolution, bei der Industrialisierung des Landes, beim Sieg im Großen Vaterländischen Krieg über den Faschismus, bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft, beim Vorstoß des Menschen in den Welt- raum und bei der Verwirklichung der sozialen Menschenrechte gewürdigt. Konstruktiv und hinterfragenswert auch hinsichtlich der marxistisch-leninistischen Parteien der anderen realsozialistischen Länder ist die Idee von den zwei Parteien in der formal einheitlichen KPdSU, die zwei gegensätzlichen Tendenzen, die proletarische und die kleinbürgerliche, die demokratische und die bürokratische repräsentierten. Unter diesem Gesichtspunkt werden die ganze Geschichte der KPdSU beurteilt und der Austritt der „Demokraten“ aus der Partei, die Formierung des heute herrschenden Regimes durch sie und der Versuch, die KP zu zerschlagen, als endgültige Trennung der beiden Richtungen gewertet.

Die historische Hauptschuld am Unglück der Partei und des Vaterlandes, die der gesunde Teil der Partei zu tragen hat, bestehe darin, daß er sein Recht auf die Kontrolle der Parteispitzen nicht behaupten und das Eindringen von Karrieristen in sie nicht verhindern konnte. Die trotzkistischen Einflüsse am Beginn der bürgerlich-bürokratischen Linie werden kritisch vermerkt. Wäre es in diesem Zusammenhange nicht erforderlich gewesen, das Wirken Stalins und des Stalinismus in der Partei und im Staate erstens zu erwähnen, zweitens aber einer prinzipiellen Kritik zu unterziehen?

Die Entstellung sozialistischer Losungen, das Festhalten an der Zentralisierung auch unter Bedingungen, da sie nicht mehr notwendig war, das „Er-drosseln“ der Masseninitiative und der Versuch, westliche Entwicklungen unter sowjetischen Verhältnissen zu kopieren, werden als historische Fehler eingeschätzt, der Verrat der Perestroika-Führer und der heutigen Herren Rußlands an den sozialen Interessen der Werktätigen und den nationalen Interessen der Russen, der Rußland in die gegenwärtige Krise geführt hat, gebrandmarkt.

Hätte an dieser Stelle nicht das sowjetische Modell des Sozialismus mit dem Machtmonopol der Partei insgesamt in

den Blickpunkt der Kritik gestellt werden müssen? Wäre nicht ein kritisches Wort über den Druck angebracht gewesen, den die KPdSU angewandt hat, um dieses Modell auch in anderen sozialistischen Ländern durchzusetzen?

Maximal- und Minimalprogramm

Für das friedliche Erreichen ihrer Ziele sieht die KPRF drei Etappen vor. Die erste werde gekennzeichnet von einer Regierung des Volksvertrauens und der nationalen Rettung, die die katastrophalen Folgen der „Reformen“ beheben und die sozial-ökonomischen Grundrechte der Werktätigen durchsetzen soll. Dem Volk soll sein unrechtmäßig genommenes Eigentum zurückgegeben und den Warenproduzenten Bedingungen für eine effektive Tätigkeit geschaffen werden. Die Wiederherstellung eines erneuerten Unionsstaates soll angestrebt werden. Die KPRF läßt keinen Zweifel daran, daß sie Rußland und die erneuerte sowjetische Union als Großmacht sehen will.

In der zweiten, einer politisch und ökonomisch schon verhältnismäßig stabilen Etappe des Überganges und der Wiederherstellung werde die Selbstverwaltung der Arbeitskollektive und die führende Rolle der sozialistischen Form des Wirtschaftens klarer hervortreten.

Für die dritte Etappe sagt die Partei „die endgültige Formierung sozialistischer Verhältnisse“ voraus, die nach Lenin eine von Ausbeutung freie klassenlose Gesellschaft sein werde und in der die Güter des Lebens nach Quantität, Qualität und Ergebnissen der Arbeit verteilt werden. Sozialismus sei „eine Gesellschaft konsequenter Demokratie und entwickelter geistiger Kultur“.

Realistisch konzentriert sich das Programm in seinem dritten Teil auf das Minimalprogramm, das auf die erste Etappe fixiert ist. Im Mittelpunkt stehen dabei solche Schritte wie die Annahme eines Blocks von Gesetzen über das Wahlsystem, Maßnahmen des Kampfes um vorgezogene Präsidentenwahlen, die Beendigung der brudermörderischen Kriege und Konflikte im Lande, die Aufhebung der Beloweschker Vereinbarungen, die das Ende der So-

wjetunion bedeuteten, die tatsächliche Gewährleistung der Macht der Werktätigen, die Unzulässigkeit des Privateigentums an Grund und Boden und an den Naturreichtümern, die Annahme eines Gesetzes über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Beendigung der Verleumdungen der russischen Geschichte und Lenins. Dieser Programmteil dient — wie eine inzwischen am 24. März durchgeführte ZK-Tagung beschlossen hat — als Grundlage für die Formulierung der Wahlplattform der KPRF. Schließlich sind für Dezember 1995 Parlamentswahlen angesagt.

Herstellung der Einheit der Kommunisten

Im abschließenden Teil skizziert das Programm die Vorhaben der KPRF für ihre weitere organisatorische und ideelle Festigung. Dort drückt sie die Überzeugung aus, daß die Riesenaufgaben, die in Rußland zu bewältigen sind, die Überwindung der Spaltung der Kommunisten in viele Parteien erfordert und die Erreichung einer freiwilligen Union die Einheit der Kommunisten der früheren Sowjetrepubliken verlangt.

Ohne Verzug geht die Partei daran, die Ideen des Parteitages in die Tat umzusetzen. Ihre Spitzenfunktionäre, die zumeist auch Duma-Abgeordnete sind, und die Angehörigen der Duma-Fraktion überhaupt sind ausgeschwärmt, die örtlichen Organisationen mit den Ergebnissen des Parteitages vertraut zu machen und sich mit Wählern zu beraten. Seit dem 23. März erscheint als wöchentliche Beilage zur *Prawda* und *Sowjetskaja Rossija* die Zeitung der KPRF *Prawda Rossii* mit dem neuen Parteisymbol Hammer und Sichel vor einem aufgeschlagenen Buch zur genaueren Information der Mitglieder über die zentralen Beschlüsse und Dokumente, über das Geschehen im Zentrum und vor Ort, zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch und zur Erörterung theoretisch noch lange nicht beantworteter Fragen wie etwa die der Vielfalt der Wirtschaftsformen im Sozialismus, des Verhältnisses der verschiedenen Eigentumsformen zueinander, der „gemischten“ Wirtschaft, des Verhältnisses von revolutionären und evolutionären Faktoren der Entwicklung, der optimalen sozialistischen Entwicklung und ihres Verhältnisses zur Theorie der stabilen Entwicklung.

Auf dem Parteitag war festgestellt worden, daß der Einfluß der Kommunisten in den Arbeitskollektiven gering ist. Aber weder diese Kräfte noch die der Arbeit in den Gewerkschaften und der Verbindung zu ihnen fanden genügend Beachtung der Delegierten. Deshalb ist es beinahe von symbolischer Bedeutung, daß sich die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands wenige Wochen nach dem Parteitag mit einem Aufruf nicht an die Kommunistische Partei speziell, sondern an alle linken Kräfte gewandt hat, einen einheitlichen linkszentristischen Block der Opposition zu bilden. In einem solchen Bündnis läge — auch nach Auffassung der KPRF — die Gewähr für ein günstiges Wahlergebnis und für einen Ausweg aus der Krise Rußlands.

Prof. Dr. sc. Ernst Laboor ist Mitglied der AG Friedens- und internationale Politik beim Parteivorstand der PDS.

Noch nie waren sie so wertvoll wie heute!?

Bodo Ramelow über Erfahrungen gewerkschaftlicher Politik am Beispiel Thüringens

Man mag sich streiten, ob Großorganisationen in der heutigen Zeit noch einen Platz bzw. eine Funktion haben. Man darf den deutschen Gewerkschaften mit Recht eine gewisse „Sauriereigenschaft“ zusprechen. Man darf berechtigt danach fragen, ob der Monatsbeitrag in einer derartigen Großorganisation zur Absicherung des jeweiligen Hauptamtlichen dient oder wieviel der Gegenwert für die monatliche Obolusleistung ist. Es darf einen zu Recht das Gefühl beschleichen, daß die Interessenvertretungspolitik dieser Großorganisationen in der Regel nur ihrem Klientel dient, nämlich denen, die Arbeit haben.

Und trotzdem darf man bei diesen berechtigten Fragen nicht den Blick dafür verlieren, daß im Jahre 5 nach der Deutschen Vereinigung (Kolonisierung von Neu-Fünf-Land) die sozialen Verhältnisse noch nie so unklar, so druckempfindlich, so rückwärtsschreitend gewesen sind von 1945 bis heute. Gesamtgesellschaftlich ist der Reichtum überproportional angewachsen und in den letzten fünf Jahren noch stärker gestiegen.

Gleichzeitig ist die soziale Verelendung großer Bevölkerungsschichten sprunghaft gestiegen, und an das Bild der Obdachlosen muß man sich auch in den neuen Bundesländern als Westerrungenschaft gewöhnen. Massenarbeitslosigkeit im Westen und Volksarbeitslosigkeit im Osten begleiten den Prozeß der speziellen deutschen Transformation.

Im Kern eine Generalauseinandersetzung um die Verteilung des Reichtums, aber auch eine Verteilung von Geld, Macht, Posten und Einfluß.

Die Schwierigkeit, einen klaren Blick in dieser Auseinandersetzung zu haben, besteht darin, daß eingetragte und eingetragte Verhaltens- und Reaktionsmuster angestaut wirken, scheinbar nicht mehr taugen oder politisch diskreditiert sind.

Die west- und ostdeutsche Sprachlosigkeit der Linken, das Sich-Nicht-Trauen, eine klare Sprache zu benutzen (Klassenkampf bleibt Klassenkampf, was denn sonst?), und das bis zur Atomisierung gehende Moment des gesellschaftlichen Auseinanderstrebens, jung gegen alt, Inländer gegen Ausländer, West gegen Ost, Arbeitender gegen Arbeitslose, gekoppelt mit einer Massenverelendung und dem scheinbaren Wunsch, immer individueller leben zu wollen — das ist eine unvollständige Aufzählung.

Individuelles Leben an der Grenze zur Einsamkeit steht natürlich im scheinbaren Widerspruch zum gemeinsamen Sich-zur-Wehr-Setzen. Gewerkschaften verkommen zwar zu einem mehr oder weniger schlechten Dienstleistungsapparat, welcher sich in seiner Funktionsfähigkeit immer mehr auf hauptamtliche Elemente stützt, doch Gewerkschaften sind eigentlich in der Tradition ihrer Gründung der freiwillige Zusammenschluß von Abhängigen, um in der Summe ihrer Interessenvertretung ihre Situation zu verbessern bzw. „ihren gerechten Anteil“ am gesellschaftlichen Reichtum zu erhalten.

Gewerkschaften der DDR hatten als staatsnahe Organisationen eine nicht zu vergleichende Rolle mit z.B. westeuropäischen Gewerkschaften. FDGB und DGB sind nicht vergleichbar. Nicht besser, nicht schlechter, sondern völlig anders.

Die Bewertung überlasse ich jedem einzelnen Leser. Es wäre ein eigener Exkurs.



Klar ist aber, daß den westdeutschen Gewerkschaften ein viel zu hoher Sockel gebaut wurde beim Einzug in die DDR. Die Erwartung der Menschen hier war das Bild von einer wundertätigen, eierlegenden Wollmilchsaue. Jeder hauptamtliche Westsekretär hatte auf einmal volle Säle, nachdem er sich im Westen ein Stück weit an Resignation und Trägheit gewöhnt hatte. Der wechselseitige Frust entstand erst, als der jeweils andere nicht das erfüllen wollte oder konnte, was dringend notwendig schien.

Die Rede vom Betrieb besetzen und gegen Zerschlagung kämpfen motivierte anfänglich lediglich westdeutsche Gewerkschafter, denn der durchschnittliche ostdeutsche Beschäftigte erhoffte sich von dieser West-Gewerkschaft endlich, daß diese ihm nun seine Probleme erledigt bzw. im optimalsten Fall seinen Arbeitsplatz rettet.

In Wirklichkeit wurde nicht nur mit dem Mittel des Einigungsvertrages und der Treuhand der gesamte Macht- und Einflußbereich der westdeutschen Wirtschaft auf Ostdeutschland ausgedehnt. Partiiell entfachte sich ein Widerstandswille immer nur dann, wenn im jeweiligen Betrieb nur ganz direkt um den eigenen Arbeitsplatz der Kampf entbrannte. Eine gewisse Trendwende entstand erst in der Auseinandersetzung um das Kaliwerk Bischofferode, denn in der 92er Auseinandersetzung waren der Frust und die Einsicht, selbst kämpfen zu müssen, um nicht gänzlich untergehen zu müssen, so groß, daß sich in verschiedenen Teilen der ehemaligen DDR Arbeitskreise und Widerstandsgruppierungen in den Belegschaften bildeten. Mit der Gründung der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative, die sich branchenübergreifend und einzelgewerkschaftsübergreifend organisierte, bildete sich eine Struktur heraus, die Widerstand über die Einzelgewerkschaft hinaus organisierte.

1992 und 1993 wurde erstmals die Lähmung ostdeutscher Belegschaften überwunden, und um die Auseinanderset-

zung im Kaliwerk Bischofferode gründete sich in Thüringen ein ganz spezielles Aktionsbündnis, nämlich „5 vor 12 — Thüringen brennt!“

Dieses Bündnis war getragen von existenzbedrohten Betrieben bzw. deren Betriebsratsrepräsentanten und einer ganzen Reihe von hauptamtlichen Sekretären, von denen ein großer Teil ehemals aus Westdeutschland kam.

In dieser Kombination gab es zum ersten Mal flächendeckend sechs Monate lang Aktionen des zivilen Ungehorsams, der Straßenbesetzung, der Betriebsbesetzung, Demonstrationen, Landtagsbesetzung und politische Forderungen an die Treuhand, aber auch massiv an die Landesregierung in Thüringen. Der Ministerpräsident Vogel sah sich gezwungen, eine Parlaments-sondersitzung einzuberufen sowie ein größeres Förderungsprogramm zur Industriebeteiligung beschließen zu lassen. Zwar konnte die Auseinandersetzung um das Kaliwerk, aber auch um das Faserwerk in Rudolstadt, nicht gewonnen werden, aber zum ersten Mal mußte ein ganzes Bundesland reagieren, und die Auseinandersetzung war nicht getragen durch den Apparat des DGB an sich, sondern viele Einzelgewerkschaftsvertreter haben gemeinsam — unabhängig von ihrem sonstigen Sitzungsgehebe — tatkräftig Aktionen auf die Straße gebracht.

Es war eine wichtige Erfahrung für die Beteiligten, sich selbst dabei zu erleben, wie man mit anderen Branchen gemeinschaftlich politisch für Arbeitsplätze sehr praktisch kämpfen kann.

Während in Westdeutschland die Aktion „Gegenwehr“ vom DGB in derselben Zeit fast im Sande verlief, war das Aktionsbündnis „Thüringen brennt“ jeden Dienstag in sämtlichen Zeitungen, Radio usw.

Genau hierin liegt die neue Erfahrung, die sehr speziell zuallererst in dieser Form im ostdeutschen Betriebsrätebündnis und dann sehr hautnah im Thüringer Betriebsrätebündnis für viele erfahrbar war. An vielen Stellen sind die

Initiativen, die aus diesen Bündnissen entstanden sind, wieder im Alltag der Großorganisationen untergegangen und versickert.

Trotzdem bleibt die Erfahrung, daß man jenseits von Gremienarbeit und langweiligen Sitzungen auch innerhalb und mit Großapparaten Politik machen kann, wenn die Betroffenen anfangen, nicht theoretisch, sondern sehr praktisch Verabredungen zur Durchsetzung politischer Ziele zu treffen und umzusetzen.

Auch innerhalb der Gewerkschaft HBV in Thüringen sind wir in der Ausprägung unseres Apparates von Anfang an einen anderen Weg — wie den bisherigen westdeutschen — gegangen. Unsere Einstellung basiert auf dem Gedanken, daß alles nur funktioniert, wenn die jeweils Betroffenen selbständig in Aktion treten und Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Gleichwohl halten wir es für unsere Pflicht, den hauptamtlichen Apparat so auszugestalten, daß er ein großes Maß an Dienstleistungen für die Mitglieder beim Umsetzen solcher Ziele zu erbringen hat. Es war deshalb kein Zufall, daß die HBV in Thüringen bei den „5 vor 12“-Aktionen in sämtlichen Kreisen, in denen wir Büros unterhalten, wesentlich beim Organisieren und Durchführen beteiligt war.

Einzelne Tarifforderungen bzw. Tarifraktionen wurden direkt einbezogen in die Auseinandersetzung um „Thüringen brennt“, und die Auseinandersetzung um das Rechen- und Software-Haus (RST Erfurt) wurde begleitet durch 12maliges Straßenbesetzen am Dienstagmorgen während der Hauptverkehrszeit. Bei diesen Verbindungen wächst ein politisches Bewußtsein der Betroffenen, nicht nur Objekt zu sein, sondern auch Handelnder zu sein.

Im Rahmen der normalen Tarifarbeit gilt dieselbe Handlungsmaxime. Nicht nur eine formale Beteiligung beim Aufstellen irgendwelcher Lohnforderungen, sondern auch die direkte eigenverantwortliche Verhandlung, Flugblatt-erstellung, Aktionsplanung usw. wird unmittelbar von den betrieblichen Kollegen beeinflußt.

Das mag ein höherer Aufwand sein, bringt aber den Erfolg, daß Menschen gerade hier in Thüringen — obwohl sie

Fortsetzung nächste Seite oben

TERMINE

12.5.: Frühjahrstagung der GNN-Verlage in Köln, ab 13 Uhr.

14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bürger-schaftswahlen in Bremen

26.5.-28.5.: 5. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, Darmstadt. Anmeldung und Rückfragen: Netzwerk Cuba, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/25 1505

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

13.10.: Arbeitskreis Politische Berichte, Köln

13.10.-14.10.: Herbsttagung der BWK-Bundeskonferenz, Köln

scheinbar einen sicheren Arbeitsplatz haben —, für Lohnfragen direkt bereit sind, die Arbeit vorübergehend niederzulegen oder auf die Straße zu gehen.

All dies sind Elemente, die dringend notwendig sind, um in West- und Ostdeutschland die Spaltung zu überwinden, damit nicht die eine gegen die andere Beschäftigtengruppe ausgespielt werden kann.

Neben der „normalen“ gewerkschaftlichen Arbeit ist es aber unumgänglich, daß die Initiatoren dieser Arbeit ständig auch aus ihrem Elfenbeinturm hinaustreten, um gesellschaftliche Fragen nicht nur in Form von Resolutionen als Papiertiger zu betreiben, ist es unumgänglich, in vielen Feldern mit anderen gesellschaftlichen Gruppen Kontakt zu haben, zu kommunizieren und Aktivitäten zu verabreden.

Am dringendsten und auch am einleuchtendsten ist die konkrete Verabredung mit Arbeitslosen, Arbeitsloseninitiativen, Sozialhilfeempfängern usw.

Hier gibt es schon die Notwendigkeit zur Gegenwehr deswegen, weil unter den Bedingungen in den neuen Ländern Langzeitarbeitslose als Lohndrücker gegen Beschäftigte eingesetzt werden.

Die Politik der Treuhand und der Bundesregierung besteht darin, in Beschäftigungsprojekten den Langzeitarbeitslosen niedrigere Löhne zuzumessen als Normalbeschäftigten. Erste Gewerkschaften sind auch schon mit sog. Einstiegsdumpinglöhnen auf diese Strategie hereingefallen. In Thüringen gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit der von Gewerkschaftern initiierten Arbeitsloseninitiative. Auch hier gibt es natürlich Kommunikations- und Handlungsschwierigkeiten, sobald die offiziellen Apparate aufeinandertreffen.

Trotzdem hat die HBV Thüringen mit der Ali ein offizielles Kooperationsabkommen geschlossen, und Fragen zu Arbeitslosigkeit usw. werden innerhalb der HBV durch die Ali auch offiziell abgedeckt. Bei dieser Kooperation ergeben sich neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens, was allerdings nicht immer ganz komplikationsfrei ist, da auch in diesem Verband Arbeitslose wiederum nur durch ABM-Beschäftigte sozusagen repräsentiert werden.

Der Gedanke an eine massenhaft wirksame, durch Arbeitslose selbst getragene Arbeitslosenarbeit scheint mir derzeit eine riesige Utopie zu sein!

Unabhängig von parteipolitischer Präsenz, die in Thüringen m.E. fast gar keine Rolle spielt, — im Zusammenwirken mit gewerkschaftlicher Arbeit —,

ist ein weites Feld an gesellschaftspolitischer Zusammenarbeit mit vielen Initiativen von jungen Leuten in Thüringen gegeben. Eine SPD, die sich nicht entscheiden kann, was sie in Thüringen sein will, ob arbeitnehmerorientiert, ob Regierungspartei, ob Oppositionspartei, ob Massenpartei oder Elitekreis, bietet wenig Ansatzpunkte, um mit ihr politisch agieren zu können. Dagegen sind im Jugendspektrum viel offene Menschen zu treffen, die sich wenig Hoffnung auf irgendwelche Pöstchen — weder in Apparaten noch in Parteien — machen.

Die Zusammenarbeit im Antifa-Ratsschlag, bei den Antifa-Demonstrationen, die Initiative zum DenkMal des unbekannten Deserteurs finden — mal mehr, mal weniger organisiert — statt und nehmen doch einen nicht unbedeutenden Raum in der Außenkommunikation ein.

Unsere Büros stehen eben auch solchen Initiativen offen, ohne zuerst nach dem Mitgliedsschein zu fragen. Ein leerstehendes ungenutztes Haus, welches durch junge Leute instandbesetzt wird, ist Anlaß, auch darüber öffentlich aus Sicht der Gewerkschaft nachzudenken.

Die Mietenentwicklung, das Wohnraumproblem, soziale Probleme fokussieren sich eben auch um die Besetzung eines Hauses. Auch hier stellt sich ein Stück weit die moralische Frage, ob der scheinbare Rechtsmißbrauch, ein Haus zu besetzen, schwerer wiegt als der Rechtsmißbrauch, ein Haus leerstehen zu lassen. Politik von, für und mit Menschen darf sich nicht auf eine reine Klientelpolitik erstrecken. Unsere Erfahrung ist es, daß unser Engagement für nicht direkt zu unserem Bereich gehörende Menschen von unseren ehrenamtlichen Funktionären entweder gebilligt oder mittlerweile auch aktiv unterstützt wird.

In diesem Klima entsteht ein anderes Bild von gewerkschaftlicher Arbeit. Hier ist es aber immer wieder notwendig, von uns Strukturen zu überprüfen, damit ein viel umfangreicherer Ansatz von gesellschaftlicher Arbeit im Rahmen unserer Gewerkschaftspolitik ermöglicht wird. Möglicherweise kann durch eine solche Herangehensweise eine Debatte um Gewerkschaftsarbeit nicht nur in Thüringen, nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch in den alten Ländern mit initiiert werden.

Überzeugt sind wir davon, daß ein Verharren in alten gedanklichen Strukturen von West- oder Ostdeutschland, von FDGB oder DGB, von eifersüchtigen Einzelgewerkschaften, immer nur in die Sackgasse führt. Wer darüber

GNN - Buchvertrieb geändert!

Buch- und Broschürenversand aus Schkeuditz

Die GNN-Verlage in den alten und neuen Bundesländern haben sich jetzt dafür entschieden, den Buchversand einheitlich über den GNN-Verlag in Schkeuditz bei Leipzig abzuwickeln.

Wir wollen unsere Kunden schneller und direkter beliefern. Oft war die Bestellung umständlich, weil die Bücher zum Teil über den Verlag Köln und zum Teil über den Verlag in Sachsen vertrieben wurden.

Seit der Einverleibung der DDR hat sich bei den GNN-Verlagen vieles geändert. 1991 gründeten Linke aus Sachsen mit Hilfe der Verlage aus den alten Bundesländern einen eigenen Verlag. Autorinnen und Autoren aus den neuen Bundesländern, die sich mit der kritischen und sozialistischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit befaßten, fanden einen linken Verlag, nachdem die vielen östlichen Verlage von der Treuhand vernichtet wurden. Innerhalb der letzten zwei Jahre erschienen fünf Bücher im sächsischen Verlag, die vor allem in den östlichen Bundesländern auf großes Interesse stießen. Fünf weitere Bücher sollen im Sommer 1995 erscheinen.

Auch in den westlichen Verlagen konnte das Buchgeschäft verbessert werden, der Anteil von preisgünstigen Broschüren im A4-Format ist dagegen etwas zurückgegangen. Das Spektrum der Herausgeber und Autoren wurde vielfältiger. Die Anforderungen an den Verlag blieben schwierig und sehr arbeitsintensiv.

Allein die nun schon acht Monate andauernde Beschlagnahme der Broschüre BRD/RAF hat den Verlag viel Zeit und Geld gekostet. Obwohl das Verfahren vor dem Oberlandesgericht

Düsseldorf gewonnen wurde, wurde die Dokumentation einbehalten, bis hoffentlich bald der Bundesgerichtshof eine endgültige positive Entscheidung trifft. Hunderte Bestellungen konnten bisher nicht ausgeführt werden. Auch wenn die Buchhandlungen dafür Verständnis zeigen, sind viele Kunden enttäuscht.

Das neue Bändchen „Kurdische Geschichte im Überblick“ stieß auf großes Interesse. Bis zur nächsten Buchmesse im Herbst soll endlich das schon im Vorjahr angekündigte Werk zu den „Deutsch-türkischen Beziehungen“ erscheinen.

Durch den einheitlichen Buchversand über den Verlag in Schkeuditz erhoffen wir uns eine bessere Arbeitsteilung und Auslastung, geringere Kosten und einen besseren Service.

Auch wenn der Buchversand gemeinsam abgewickelt werden soll, bleiben für die GNN-Verlage ganz unterschiedliche Bedingungen und Interessen in den alten und neuen Bundesländern. Z.B. ist das Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Westen gering. Dies müssen wir berücksichtigen, deshalb bleibt die Betreuung von Autoren und Buchhandlungen bei den jeweiligen Verlagen. Bestellungen aber von Büchern und Broschüren sollen künftig generell an den

GNN-Verlag,
Badeweg 1,
04435 Schkeuditz,
Tel. 034204-65711,
Fax: 034204-65893
gerichtet werden.

— (Ulrike Bach, Köln, Herbert Staschkeit, Schkeuditz, Jörg Detjen, Köln)

nachdenkt, daß er eigentlich selber Arbeitslosenarbeit machen müßte und andere aber daran hindert, es zu tun, verhindert eine breitere Bewegung. Wer den Alleinvertretungsanspruch als politische Maxime vorgibt, ohne breite Beteiligung zu initiieren, einzufordern, umzusetzen und ständig neu anzuschließen, wird letztendlich in der Sackgasse enden.

Je weniger Außenkommunikation, je weniger Außenwirkung, je weniger Selbstbestimmung, desto mehr dinosaurierhaftes Untergehen von Großorganisationen.

Bodo Ramelow ist HBV-Landesvorsitzender von Thüringen. Sein Artikel erscheint ebenfalls in der Zeitschrift „Sozialismus“.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte,
50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Staschkeit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschkeit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.

Name:

☐ Im Halbjahres- / Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

..... (Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

9/95

Hutten in memoriam

Er hat's gewagt
Wir haben's versucht
Er unterlag nach kurzem Kampf
Wir dauerten die vierzig Jahr
Die längste Zeit
Im deutschen Kalender
Da je ein Staat sich hielt
In dem kein Geldbaron
Dem kleinen Mann
Der kleinen Frau
Die Früchte ihres
Fleißes stiehlt

Wir waren ärmer
als die Kirchenmaus
Wir wußten nicht
Wie man regiert
Vor allem gut
Die Wirtschaft führt
Wir sind fürwahr
Nicht ohne Schuld
Wer ist schon jemals
Frei davon
Doch was man
Geschichte nennt
Kennt kein Pardon

Der Mann im Kreml
Hatte recht
Wer zu spät kommt
Den bestraft das Leben
Vor allem
Wer die Macht verspielt
Die ihm anheim gegeben

Sarajewo

Wir gingen
Durch die Heide
Und wollten
Hinaus
Zu einem Haus
In dem Flüchtlinge
Wohnen

Mein Freund
Er meinte
Es werde sich
Lohnen
Dort ist
Ein alter Kamerad
Zu finden
Mit dem wir
Mehr verbinden
Als Scham
Und Mitgefühl
Für jeden Fremden
Im Exil

Er hatte uns
Hinter dem Gitter
Erwartet
Und
Trat vor das Tor
Ein Posten davor
Der Mann aus Sarajewo
Sagt
Ich komme aus der Stadt
Die jeder kennt
Der ein Gedächtnis
Hat
Was habt ihr nur
Aus uns gemacht

Ich verstand ihn
Nicht
Indes er weiter
Spricht
Es ging uns weder
Gut noch schlecht
Doch kamen wir zurecht
Mit allen
Was vielen nicht gefallen
Sie haben
Unsere Länder lieber
Solange sie
Zerfallen
In kleine Staaten
Und Jugoslawien
Offenbar

War für sie
Zu groß geraten
Und vielleicht sogar
Vor allem
Wollte man uns
An den Kragen
Weil allein
In diesen Tagen
Wir noch
Das Gedächtnis
Plagen
Man kann durchaus
Auch leben
Auf eine Weise
Ohne die Kreise
Die mit dem
Großen Geld
Sich für die Beste
Aller Welten hält

Ich warf vorsichtig
Ein
Es mag so sein
Doch jetzt
Schlachtet ihr euch
Ab
Und macht Städte
Und Dörfer
Platt
Vertreibt mit Feuer
Und Schwert
Andere
Vom heimischen Herd
Wo ihre Wiege stand
Sie irren in Lumpen

Umher
Durch Täler und Berge
Sind noch zu beneiden
Müssen nicht
Leiden
Wie die Skelette
Hinter Stacheldraht
Mit Augen
Aus denen
Die Todesfurcht
Uns entgegenstarrt

Ich sah den Zorn
In seinem Gesicht
Er sah mich an
Und sah mich nicht
Und sprach
Mir braucht man
Nicht zu sagen
Wie wir leiden
Und wüten
Wenn wir streiten
Doch statt zu warnen
Habt
Ihr uns
Gelockt
Und
Bedrängt
Wenn wir die Fesseln sprengen
Und der alte Bund
Zerfällt
Europa
Gunst
Und Geld
Uns schenkt

So mancher
Von euch
Ging sogar voran
Und gab den Ton an
Nach dem
Wir tanzen sollten
Und wenn wir
Folgten
Würde man dafür sorgen
Spätestens Morgen
Sich Milch und Honig
Über unser Land
Ergießen
Und jetzt
Fließen
Blut und Tränen
In Strömen
Ihr habt
Von der Elbe
Bis zum Ural
Auf dem Balkan
Zumal
Einen Scherbenhaufen
Hinterlassen
Und könnt
Eureschmutzigen
Hände
Nicht
In Unschuld waschen

Es sind
Die alten Ziele
Im Osten
Die wieder
Soviel kosten

In Gesellschaft seh
Von Biedermännern
Die drohen und grollen
Und zuletzt
Uns
Vorschreiben wollen
Was wir tun
Und lassen sollen
Und bald
Sind wir nicht willig
Dann brauchen sie
Gewalt
Wie damals
Als wir
Zusammen
Vor Madrid lagen
Und sie uns
Mit ihren Waffen
In die Flucht geschlagen

Er ließ uns stehen
Ging hinter den Zaun
Zurück
Und würdigte uns
Mit keinem
Blick

Das Ende einer Reise

Der große Gelehrte
Takoaschi
Fand
In einem Antiquariat
Auf der Ginsa

Ihn zu bedienen
Sie tat ihm
Bescheid
Verbeugte sich
Und sagte
Man rate
In der Bundesrepublik
Auf die Kleidung
Zu achten
Sie empfehle
Schwarzen Anzug
Weißes Hemd
Vor allem
Mit Krawatte
Die Deutschen
Lieben
Das Land der Samurai
Aber
Verständlich
Können nicht
Japaner
Von Vietnamesen
Unterscheiden

Der große Gelehrte
Takoaschi
Verbeugte sich
Vor Fräulein Li
Und verzichtete
Auf seine Reise
In das Land
Der Dichter
Und Denker

Der alte Geruch

Es riecht
Nach Menschenfleisch
In dem Land
Das durch den
Holocaust
Bekannt
Werden wieder
Frauen und Kinder
Verbrannt
Am laufenden Band
Und die
Feuerteufel
Können sich sagen
Sie werden
Von einer Woge
Getragen

Schon einmal
Habe ich erfahren
Die Pyromanen
Jung an Jahren
Mit Fusel im Blut
Wüßten nicht
Wohin
Mit ihrer Wut
Die Kurios

Sich richtet
Bloß
Gegen die
Schwachen
Und Armen
Und Fremde
Ich weiß
Durchaus
Solche Typen
Sind ebenso
Woanders
Zu Haus
Und auch
Mit Haß und Zorn
Im Bauch

Genau
Wie anderswo
Schlagen sie zu
Bis die Fetzen
Fliegen
Doch hört auf
Mich zu belügen
Sie zünden keine Menschen
An
Darin ist man
In Deutschland
Über allen
Geblieben

Verse von Heinz Kamnitzer

**Ende Mai erscheint bei GNN das Poesiealbum
des früheren PEN-Präsidenten der DDR**

Ein Zeitalter wurde beendet und ich bin leider dabeigewesen. In Deutschland ist heute wichtiger als alles andere die Aufarbeitung und Aufklärung über die Jahre nach der Wende. Der Lohn, der Preis und der Profit sind auch in diesem Fall eine Dreieinigkeit, die vor allem unter die Lupe zu nehmen ist. Die Fragen wie die Antworten halte ich für lebenswichtig — und mache mir meine Reime darauf.“ So beschreibt Heinz Kamnitzer das Anliegen seiner seit 1989 gefertigten Reime, die Ende Mai bei GNN erscheinen. In der vorletzten Ausgabe veröffentlichten wir zwei Gedichte aus diesem Sammelband. Hier ein paar weitere Verse. (rül)

Wer
Wenn nicht ihr
Solltet wissen
Es gibt Siege
Die führen
Zum Kriege
Das ist die Saat
Die ihr gesät
Die Früchte
Die der Tod
Jetzt mäht
Sie wären nie
Gesprossen
Wenn ihr sie
Nicht begossen
Ihr seid
Pharisäer
Und klagt nur an
Was ihr selbst
Uns angetan
Als große Huld
Die grausame Schuld
Durch die ihr
Erreicht
Der Balkan
Wird wieder
Wie einst
Armenhaus
Und
Pulverfaß
Zugleich

Es tut mir
In der Seele weh
Wenn ich euch

Das Buch der Lieder
Von einem Herrn Heine
Übertragen
Und gedruckt
Vor einem Jahrhundert
In der Stadt
Nagasaki

Er zahlte
Was verlangt
Und kehrte
In seine Klausur
Zurück
Dort las er sich
Satt
Bis zum Ende
Der Nacht
Und beschloß
Die Heimat des Poeten
Zu besuchen

Auf dem Weg
Zur Universität
Betrat er einen Laden
Um die Reise
Zu buchen
Er verbeugte sich
Vor Fräulein Li
Die er kannte
Fräulein Li
Verbeugte sich
Vor ihm
Den sie kannte
Und dankte
Für die Ehre